

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

WALTER H. JOHNSTON

Das Deutschlandbild der Briten

Mit Genehmigung des Verlages entnehmen wir der Zeitschrift im Dienst übernationaler Zusammenarbeit „DOKUMENTE“, Oktober 1954, 5. Heft, den folgenden Artikel von Walter H. Johnston:

Verglichen mit unserer Gegenwart, lebten die Menschen in Großbritannien zu Beginn des Jahrhunderts in einem Zeitalter der Unschuld – wenigstens was die Beziehungen zu anderen Ländern betraf. Die große Masse des Volkes hatte weder die Zeit noch das Geld, um ins Ausland zu reisen. So begnügte sie sich mit Beschreibungen, wie sie etwa ein Thackeray fast ein Jahrhundert vorher gegeben hatte. Der Deutsche war ein dicker, gutmütiger Bursche, der gern Bier trank, langgestielte Pfeifen rauchte, wenig von Politik verstand und der vor allem harmlos war. Die Deutschen, die ins Land kamen, veränderten das Bild nicht. Da waren die fahrenden Musiker, die mit ihren Blechinstrumenten von Straße zu Straße

ernst; denn sie schienen in der untergeordneten Stellung, welche die Vorsehung den Fremden zuwies, vollkommen zufrieden zu sein.

Natürlich war das nur die eine Seite der Medaille. Was der Mann auf der Straße dachte, war gar nicht so wichtig. Die Macht lag viel mehr in den Händen der großen landbesitzenden Aristokratenfamilien und der reichen Männer in der City als bei den Millionen von Parlamentswählern. Diese Kreise wußten, daß andere Deutsche unter ihnen lebten als nur wunderliche Musiker und Kellner – Männer wie der große Finanzier Schröder oder Pioniere der chemischen Industrie wie Brunner und Mond, die Vorläufer der riesigen Chemiekonzerne. Vielleicht hätte man diese Leute mit mehr Mißgunst betrachtet, wäre da nicht der berühmte britische Snobismus gewesen. König Eduard VII. mochte in Paris nach Freundinnen Ausschau halten; aber wenn es um Männer ging, legte er eine gewisse Sympathie für die Deutschen an den Tag, die in Südafrika und anderswo große Vermögen machten. Und wo der König führte, da folgte die Aristokratie. Es gab auch Gelehrte im Lande, die wußten, daß man die deutsche Wissenschaft und die deutsche Philosophie nicht unterschätzen dürfe. Aber sie bewun-

derten nur, sie fürchteten nicht. Haldane gab offen zu, daß Deutschland seine geistige Heimat sei, und als ihm 1905 das Kriegsministerium übertragen wurde, versicherte er seinen erstaunten Zeitgenossen, daß er eine hegelianische Armee aufstellen wolle.

Obwohl die Nation im ganzen nichts Übles dachte, war doch eine Anzahl von Männern in verantwortlichen Stellungen darum besorgt, Großbritannien Deutschland gegenüber nicht in eine Position der Unterlegenheit geraten zu lassen. Hier wirkte die Lektion des Burenkrieges allerdings viel stärker als irgendwelche Befürchtungen hinsichtlich möglicher deutscher Absichten. Es war viel mehr die nationale Lethargie, die diese Leute plagte, als der potentielle Feind jenseits des Kanals. Kipling schrieb von den „in Flanell gekleideten Narren beim Cricket, den schmutzigen Tröpfchen im Tor“. Lord Roberts agitierte für die allgemeine Wehrpflicht. Und der hervorragende Soldat, der unter dem Pseudonym Ole Luke-Oie schrieb, versuchte seine Leser davon zu überzeugen, daß eine Invasion der Insel möglich und es geraten sei, sich vorzubereiten. Aber im großen und ganzen gab es weder Nervosität noch Angst vor den Absichten Deutschlands.

Der Wandel von 1914

All das änderte sich, und zwar sehr rasch, als 1914 der Krieg ausbrach. Der Haß gegen Deutschland schoß aus dem Boden wie eine Brut von Pilzen, fast über Nacht. Psychologisch ist das leicht zu erklären. Das Land war, wie die oben erwähnten Schriftsteller gewarnt hatten, verschlafen und die Deutschen das Volk, das es aus seiner Lethargie wachrüttelte. Darum wurden die Deutschen gehaßt. Daher glaubte man so bereitwillig an Greuelgeschichten, was in einem Lande, wo die Leute ernsthaft meinen (und an die Times schreiben) konnten, daß Engel vom Himmel herabgestiegen seien, um den Rückzug der Divisionen von Mons zu schützen, nicht überraschen

darf. Es ist bezeichnend, daß niemand sonderlich die Österreicher haßte, obwohl wenige historische Fakten besser gesichert sind als die Schuld der Wiener Regierung am Kriegsausbruch.

Aber Deutschland hatte nicht nur einen unangenehmen Schock ausgelöst: durch Deutschland erfuhren die Briten auch einiges über die Realitäten des internationalen Lebens, wie sie sich im Kriege zeigen. Da war jener Zwischenfall in der ersten Zeit des Ringens: ein deutsches Unterseeboot hatte einen englischen Kreuzer torpediert, und als die beiden Begleitschiffe die Überlebenden aufnehmen wollten, torpedierte das U-Boot auch diese Schiffe. Da war, wie unwahrscheinlich

INHALT DIESER BEILAGE:

Walter H. Johnston:

Das Deutschlandbild der Briten

Peter Abrahams:

Der kulturelle Konflikt in Afrika
(S. 544)

Winston Churchill:

Unsere Politik heißt: Frieden durch Stärke (S. 548)

John Foster Dulles:

Gegen die Aggression (S. 551)

Josef Rommerskirchen:

Aufstand des Gewissens (S. 553)

zogen und für die paar Pfennige, die sie einnahmen, viel mehr boten als der italienische Drehorgelmann mit seinem Äffchen. Da war gelegentlich ein deutscher Kellner, der die sonderbare Laune hatte zu arbeiten, während er eine fremde Sprache lernte. Aber niemand nahm diese Leute

das heute auch erscheinen mag, die Anwendung von Stacheldraht und später von Gas. Und da war jene Gesamteinstellung zum Krieg, die, wie erzählt wird, einen gefangenen deutschen Offizier zu der Bemerkung veranlaßte: „Ihr (Briten) werdet immer Narren und wir werden nie Gentlemen sein.“

Northcliffes Propaganda baute auf diesen Gefühlen und Entdeckungen auf. Vom Gesichtspunkt der ersten Historie hatte er natürlich unrecht. Das Preußentum war nicht der eigentliche Feind und die Junker bei weitem nicht die gefährlichste Klasse im Deutschen Reich. Aber indirekt hatte er doch ein wenig recht. Er hatte die verkehrten Symbole gewählt, aber die Eigenschaften, für die diese Symbole standen, waren real genug. Deutschland war ein starker Staat, die deutsche Politik kraftvoll, und Deutschland verfügte über große Hilfsquellen und wußte sie zu nutzen. Das war Northcliffes eigentliche Lehre, und vieles davon traf.

Die Northcliffesche Deutung hat den Krieg nicht lange überlebt. Der Wandel in der britischen Haltung wurzelt in der tiefen Erfahrung des Krieges selbst. Als Großbritannien in den Krieg eintrat, besaß es eine soziologische Struktur, die Disraeli ein halbes Jahrhundert vorher mit dem Wort von den „zwei Nationen“ beschrieben hatte: der großen herrschenden Klasse mit ihrem breiten Saum des gehobenen Mittelstandes auf der einen und den Regierten auf der anderen Seite. Diese Struktur blieb auch während des Krieges bestehen. In der öffentlichen Meinung war das Land in zwei Lager geteilt: das Lager der

Offiziere und das der gemeinen Soldaten, der Privilegierten und Nichtprivilegierten, derer, denen es fern vom Kriege gut ging, und derer, die in den Tod getrieben wurden. Dieses Bild entsprach der vollen Wirklichkeit keineswegs, aber das war kaum wichtig. Wichtig war die Tatsache, daß die sogenannten nichtprivilegierten Klassen eine Sympathie für ihre Leidensgenossen im deutschen Lager entwickelten, die sie ebenfalls als Opfer der Kriegshetze betrachteten. Solange der Krieg andauerte, wurde dieses Gefühl weitgehend von der Propaganda vertuscht. Aber es war da, bereit, jederzeit aufzubrechen. Während des Krieges konnten diese Emotionen natürlich keinen politischen Ausdruck finden. Der Krieg wurde von einer Koalition geführt, in der die Liberalen die maßgebliche Rolle spielten, und Lloyd George war bestimmt nicht der Mann, der mit deutschfreundlichen Ideen spielte. Jene latente prodeutsche Haltung mußte ihre Zuflucht bei den spärlichen Vertretern der Labourpartei suchen, und die waren nicht so sehr für Deutschland wie gegen den Krieg. Diese Entwicklung sollte später ihre Früchte tragen. Sie erklärt die Deutschfreundlichkeit der englischen Pazifisten in den ersten Jahren nach dem Krieg.

Bei den Konservativen verlief die Entwicklung in der entgegengesetzten Richtung. Während die Labourleute gefühlsmäßig prodeutsch empfanden, waren die Konservativen ebenso profranzösisch eingestellt. Die Disziplin mußte aufrechterhalten und der böse Angreifer bestraft werden. Lloyd George sagte bei einer Gelegenheit: „Wir werden den Deutschen zusetzen, bis ihnen die Augen übergehen.“ Die Konservativen halfen ihm dabei.

Die revolutionäre Entwicklung nach 1914

Der Krieg und die Jahre danach brachten revolutionäre Veränderungen mit sich. Das Wahlrecht wurde beträchtlich erweitert und nahm bald praktisch allgemeinen Charakter an. Die Folge war, daß die Ansichten der großen Masse der Bevölkerung einen wachsenden Einfluß auf die Politik gewannen. Zur gleichen Zeit setzte eine langsame Neuverteilung des Einkommens ein, so daß viele Leute ins Ausland reisen und sich ihre eigene Meinung über Deutschland bilden konnten. Diese Eindrücke verstärkten die Erfahrungen aus erster Hand, die viele Soldaten während der Besetzung des Rheinlandes gemacht hatten. Die daraus sich ergebende deutschfreundliche Stimmung steigerte sich noch, als Keynes' unbestechlich-kühle Analyse des Versailler Systems erschien, seine *Economic Consequences of the Peace* (Wirtschaftliche Folgen des Friedens), ein Werk, das manchem Briten die willkommenen statistischen Belege für seine rein emotionale Reaktion gegen die französische „Hybris“ lieferte. Vernünftige Leute unter den gebildeten Schichten teilten Keynes' Ansicht. Die *Times*, die sich von Northcliffe distanziert hatte, verglich die französische Ruhrinvasion mit der Ermordung Desdemonas durch Othello. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt mit Locarno, wo ein annäherndes Kräftegleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen wurde.

Locarno hatte ein jedenfalls zeitweiliges Nachlassen der Angst zur Folge und bedeutete, daß die Menschen in Großbritannien, von der Rechten wie von der Linken, sich dem Glauben hingeben konnten, der Friede sei endlich wirklich gesichert und für eine Abneigung gegen Deutschland oder Frankreich daher kein Grund vorhanden. Jene geistige Haltung, die später nach München führen sollte, nahm hier ihren Ausgang. Inzwischen gewann eine starke Neigung, den friedlichen Erfolgen der Weimarer Republik Beifall zu zollen, mehr und mehr an Boden. Kleine Jungen zeichneten voller Bewunderung die Umrisse des Dampfers „Europa“. Weiter kann die Popularität nicht gehen . . .

Die Existenz der neuen Demokratie machte sich mit Hitlers Machtergreifung deutlicher bemerkbar. Hitler, stark, brutal und scheinbar erfolgreich, fand die Billigung der Rechten und wurde von der Linken abgelehnt. Soziologische Faktoren beeinflussten dieses Urteil. Der Rechten (mehr der industriellen als der agrarischen) gefiel ein Mann, der die Arbeiter in ihre Schranken wies. Die Linke lehnte ihn aus dem gleichen Grunde ab. Die *Daily Mail* übertrug mindestens einen Teil ihrer Sympathien von den Schwarzhemden auf die Braunhemden. Der *Daily Mail*-Expres sagte allen, die es wissen wollten (und viele wollten es wissen), daß es keinen Krieg geben werde.

Eine gesündere Meinung

Entgegen dem, was man hätte erwarten mögen, offenbarte der Zweite Weltkrieg eine bemerkenswerte Reife der öffentlichen Meinung. Vielleicht konzentrierte sich der ganze nationale Haß auf Hitler, der sich so sehr in den Vordergrund gedrängt hatte, und blieb deshalb für den Rest des deutschen Volkes nur noch wenig Erbitterung übrig. Außerdem waren die Kriegsverluste verhältnismäßig gering. Aber selbst unter Berücksichtigung dieser Faktoren ist der Wandel in der öffentlichen Meinung erstaunlich. Er hat seinen Grund wahrscheinlich in der Besserung der Lebensverhältnisse seit 1918, in dem Übergang von einer primitiven Landwirtschaft zur Mechanisierung auf dem Lande und in der Industrie und schließlich in der allgemeinen Befriedigung über vernünftigeren Arbeitslöhne. Hinzu kommt, daß bereits vor Kriegsende manche Leute sich zu fragen begannen, ob nicht viel eher Rußland als Deutschland der eigentliche Feind sei, und diese Frage seither die öffentliche Meinung beherrscht hat.

Das Ende des Krieges ermöglichte auch ein ethisches Urteil. Die Tatsachen kamen ans Tageslicht, und vieles über das wahre Wesen des Nationalsozialismus wurde bekannt. Die daraus resultierenden Gefühle hielten sich allerdings nicht lange, und es ist seltsam festzustellen, wie rasch politische Erwägungen an die Stelle ethischer Urteile traten. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem Mann, dessen Einheit eine der ersten war, die in das KZ Belsen einzogen. Alle, die sahen, was war und was vor sich gegangen war, wurden von einer ehrlichen Wut gepackt. Ihr erster Gedanke war Vergeltung, und die SS-Wachen des Lagers wurden von ihnen - nach meinem Gewährsmann - so behandelt, daß sie darum baten, man möge sie erschießen. Aber mein Freund fuhr fort und sagte: „Ja, die SS war böse. Aber ich sehe darum noch nicht ein, warum wir uns nicht mit den Deutschen verbünden sollten, um die Russen, bevor es zu spät ist, aus Europa zu verjagen.“ Diese enge Verflechtung von ethischem und politischem Urteil ist für die britische Haltung typisch. Sie ist heute wahrscheinlich enger und wirksamer als je zuvor.

Ein Grund dafür liegt darin, daß die Zahl derjenigen, die das Geld, die Muße und die Bildung haben, um die Deutschen objektiv zu studieren, geringer ist als vorher und wohl noch mehr abnehmen wird. Man denke an den Fall der begabten, aber verbitterten Schriftstellerin, die unter dem Pseudonym „Elisabeth“ schrieb. Wirklicher Zorn und wirkliche Abscheu sprechen aus ihrer Beschreibung der oberen Gesellschaftsklasse im wilhelminischen Deutschland, dieser „grausamen, streitsüchtigen, rechthaberischen Klasse, die von ihrer eigenen Überlegenheit und von der Minderwertigkeit der Frauen und schwächeren Nationen überzeugt ist“. Es ist eine grausame Beschreibung, und zuletzt hat man fast Mitleid mit dem armen Kaliban.

Ein in etwa analoger Wandel vollzog sich in den politischen Urteilen. Der Graf Tattenbach, der zweite deutsche Delegierte auf der Konferenz von Algéciras, hatte im realen Leben eine ge-

wisse Ähnlichkeit mit einer von „Elisabeths“ literarischen Gestalten. In einem gewissen Stadium der Konferenz wandte er sich an Sir Arthur Nicolson mit dem Vorschlag, daß die Briten sich mit den Deutschen gegen die Franzosen verbünden sollten. Man höre Nicolson's Reaktion: „Ich fühlte mich schwer beleidigt und war wirklich wütend. Ich war äußerlich ganz ruhig, aber der Gedanke, daß ich auf einer Ebene mit Ojeda stehen und Révoil treulos hintergehen sollte, setzte mir so zu, daß ich hinterher nichts essen konnte. Ich war krank und bestürzt. Er ist wirklich ein entsetzlicher Kerl, angeberisch, roh und verlogen. Der schlimmste Typ des Deutschen, dem ich je begegnet bin.“

Gleichgültigkeit der breiten Masse

Die große Masse des Volkes ist ganz einfach uninteressiert. Die Frage nach den Kriegsgreueln und der Kriegsschuld fand 1945 lebhaftes Interesse; aber dieses Interesse nahm bemerkenswert schnell ab. Die Regierung machte viel Propaganda mit den Nürnberger Prozessen und unterstützte die Presse in jeder Weise; aber das Publikum zeigte wenig Neigung, die wochenlangen Verhandlungen zu verfolgen. Heute verstauben einige zwanzig Bände von Verhandlungsberichten auf den Regalen der öffentlichen Bibliotheken. Es ist zuzugeben, daß den grundlegenden Fragen, um die es bei diesen Verhandlungen ging, eine Zeitlang ein gewisses Interesse begegnete, vor allem dem Problem, wie der Konflikt zwischen Verpflichtung gegenüber dem Staat und Verpflichtung gegenüber dem eigenen Gewissen zu lösen sei. Darüber gab es einige Leitartikel und Briefe an die Herausgeber. Aber im großen ganzen erhoben sich die Diskussionen nicht über das Niveau der alljährlich wiederkehrenden Hundstags-themen. Die Briten sind nicht geschaffen für metaphysische Spekulationen, und heute ist es den meisten gleichgültig, ob Deutschland oder ob einzelne Deutsche in einem tieferen Sinne schuldig waren. Es gibt eine Ausnahme, die aber die Regel zu bestätigen scheint: man begegnet zuweilen dem Ausdruck der Entrüstung über das Bemühen des durchschnittlichen Deutschen, einen Schleier über die Schrecken der Vergangenheit zu breiten und sich auf den Standpunkt zu stellen, daß man persönlich weder indirekt noch direkt mit den unter Hitler begangenen Greueln etwas zu tun hätte. Aber dieser Vorwurf kommt weitgehend aus jüdischen oder Emigrantenkreisen. Der Durchschnittsbürger betrachtet das Problem als ein metaphysisches und lehnt es ab, sich damit herumzuschlagen.

Das mag als ein enttäuschend negatives Ergebnis erscheinen. Trotzdem ist es von Bedeutung. Es ist, wie schon angedeutet, der Reflex eines soziologischen Wandels: die Persönlichkeiten, die dafür qualifiziert waren, sich eine fundierte Meinung zu bilden und ernst zu nehmende Urteile abzugeben, wurden weggeschwemmt von der großen Masse der verhältnismäßig gutsituierten (und politisch einflußreichen) Wähler, die diese Qualifikation nicht besitzen. Mehr als je zuvor hat das Bild, das man sich von den Deutschen macht, eine rohe politische Färbung angenommen. Aber da dieses politische Urteil ein Massenurteil ist, folgt

Heute sind solche Urteile viel seltener zu hören. Immerhin sind sie noch nicht ganz ausgestorben. Die Haltung, aus der sie kamen, verkörpert zum Beispiel noch Lord Halifax, ein ehrlicher Christ. Aber er scheint Komplexe zu haben. Vielleicht leidet er unter der Erinnerung an den sehr unmoralischen Druck, den er vor sechzehn Jahren auf die Tschechen ausübte, um sie zur Annahme der Münchener Bedingungen zu zwingen. Er würde heute ungern über die Deutschen zu Gericht sitzen. In Wahrheit sind nicht nur sehr wenige Menschen qualifiziert, ein intelligentes ethisches Urteil zu fällen: auch viele der dafür Qualifizierten fühlen sich unsicher. Das war bei ihresgleichen vor dem Kriege nicht der Fall.

daraus, daß es sich, wo es um Fragen der Opportunität geht, in die Begriffe von gut und böse kleidet. Die Grundfrage ist die militärische: ist es zum Beispiel opportun oder nicht, Deutschland wiederzubewaffnen? Wenn die Leute argumentieren, daß die Deutschen böse sind, dann meinen sie damit nichts anderes, als daß man die Deutschen nicht wiederbewaffnen sollte. Das Umgekehrte gilt für die Wiederbewaffnung.

An dieses Thema ist viel Druckerschwärze verschwendet worden, am meisten natürlich in der Massenpresse. Bei seiner gewaltigen Auflage hat der Daily Mail Express besonderen Eindruck gemacht. Er veröffentlichte bekanntlich vor einiger Zeit eine Serie von recht unfreundlichen Artikeln aus der Feder Sefton Delmers. Vielleicht dürfen wir nebenbei sagen, daß die deutsche Reaktion auf die Artikelreihe ein tiefes Unverständnis der britischen Mentalität bewies. In Deutschland begann man mit großem Ernst nach dem Grund für eine so unerklärliche Haltung zu fragen. Dabei ist die Antwort doch sehr einfach. Die Artikelserie entsprach der politischen Tendenz der Zeitung, und die einzig interessante Frage ist also, warum die Zeitung diese Tendenz verfolgt.

Die Massenpresse

In der jüngsten Zeit hat die Kritik an Deutschland in der Massenpresse zugenommen. Es lohnt sich, sie im einzelnen zu untersuchen, denn sie zeigt, wie sehr das Deutschlandbild der Briten von politischen Erwägungen beherrscht wird. Deutschland wird nicht darum in einem ungünstigen Licht dargestellt, weil die Deutschen sich tatsächlich entsprechend benommen hätten: die Deutschen werden in einem ungünstigen Licht geschildert, weil Deutschland im Begriff ist (oder im Begriff zu sein scheint), eine Gefahr zu werden. Wir haben hier ein Beispiel der sogenannten britischen Heuchelei, die aber in Wirklichkeit keine Heuchelei ist, sondern ein Versuch, die zwingendsten Entschuldigungen für eine gegebene Politik zu finden. Das ist eine psychologische Schwäche, die auch in anderen Ländern existiert, der man sich aber in England mit einer bemerkenswert naiven Unbewußtheit hingibt.

Man nehme also zum Beispiel den Fall der deutschen Wiederbewaffnung. Sie bedeutet unter anderem, daß der politische Horizont sich verdüstert, wenn nicht gar verfinstert. Aber das paßt

Lord Beaverbrook nicht, der die Politik des Daily Express bestimmt und dessen Regel es ist, seine Leser allmorgendlich mit sonnigen Nachrichten zu versorgen. Er argumentiert: wegen der möglichen Komplikationen, die sich daraus ergeben könnten, darf Deutschland nicht wiederbewaffnet werden. Nun ist die populärste, die einleuchtendste Begründung gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands die Behauptung, daß sie zu einem neuen Krieg führen würde - denn der Krieg ist noch nicht vergessen. Und so lesen wir im Daily Express vom 11. August: „Die einzige Lösung besteht darin, die irrsinnige Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern, denn die Wiederbewaffnung bedeutet unausweichlich die Rückkehr der Nazis. Und die Rückkehr der Nazis bedeutet Krieg.“ Aber daraus folgt nicht im geringsten, daß die Leute ernstlich glauben, Deutschland sei plötzlich ein neonazistisches Land geworden. Umgekehrt schrieb das gleiche Blatt am 10. August (im Zusammenhang mit den deutschen Streiks): „Faire Gewinnbeteiligung für Fritz bedeutet fairen Handel für Großbritannien.“ Das ist wenigstens ehrlich. Höhere Löhne in Deutschland bedeuten geringere Konkurrenz für den britischen Arbeiter.

Dann der Fall des Daily Herald. Für die Labourpartei ist an der Frage der deutschen Wiederbewaffnung im wesentlichen die Tatsache von Bedeutung, daß sie dazu zwingt, die wirkliche Lage auf dem Kontinent ins Auge zu fassen, daß sie auf die russische Gefahr, so wie sie ist, aufmerksam macht und daß sie die Leute an die Notwendigkeit hoher Steuern und des Militärdienstes erinnert. (Natürlich existiert auch ein ideologisch beeinflusstes prorussisches Gefühl, das in Betracht gezogen werden muß.) Aber die Leute hören es nicht gerne, daß ihre Idee einer billigen Einigung mit Rußland ein Hirngespinnst ist. Was man ihnen - in voller Harmonie mit dem Daily Express - sagt, ist folgendes (Daily Herald, 18. August): „Westdeutschland ist - wie Hitlers Deutschland - sehr gut für die Arbeitgeberklasse und sehr schlecht für die Arbeitnehmerklasse.“ Aber in einem späteren Absatz läßt man die Katze aus dem Sack: „Was wir brauchen, ist ein Abbau der Aufrüstung.“

Aus dem bisher Gesagten dürfte deutlich geworden sein, warum Lord Russells Buch in diesem Augenblick so willkommen war und warum der erzwungene Rücktritt des Autors dieser Sorte von Zeitungen die eifrig ergriffene Gelegenheit bot, tugendhafte Entrüstung an den Tag zu legen. Am 11. August schrieb der Daily Express: „Lord Russell wählte die Freiheit“ - die Standardformel für abtrünnige Kommunisten. Am 12. August sprach News Chronicle von „dieser schamlosen Zensur“. In erfreulichem Gegensatz dazu veröffentlichte die Times eine Untersuchung über die juristischen Aspekte des Falles.

Es schien uns der Mühe wert, die jüngste Haltung der britischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland etwas ausführlicher zu analysieren, weil sie einige konstante Züge offenbart. Zuerst muß man begreifen, daß, sofern heftige und leidenschaftliche Gefühle gegenüber den Deutschen existieren, diese Gefühle nicht das Ergebnis eines gründlichen Studiums oder Verstehens sind, son-

den die Hilfswerkzeuge oder, wenn man will, die Rationalisierung politischer Gefühle, die ihrerseits auf politische Erwägungen zurückzuführen sind. Das ist natürlich eine starke Vereinfachung. Wenn man den Durchschnittsmann auf der Straße fragt, was er über den Durchschnittsdeutschen denkt, dann wird er sagen, daß die Deutschen gute Soldaten sind, gehorsam, arbeitsam, reinlich, humorlos, im ganzen unmanierlich und im allgemeinen zäh (im Sinne Hemingways). Aber mit wenigen Ausnahmen sind diese Urteile nicht das Ergebnis direkter Beobachtung oder sorgfältigen Denkens, und für das Problem der internationalen Verständigung sind sie wahrscheinlich ohne Belang. Sobald klar erkannt (oder geglaubt) wird, daß Deutschland ein sicherer Freund oder ein sicherer Feind ist, werden diese Ansichten ausgebeutet, angepaßt oder aufgegeben, bis neue Gefühle, die man gerade braucht, erzeugt sind. Es

gibt zwei Worte für jede Eigenschaft, sagt Robert Louis Stevenson: das Wort, das billigt, und das Wort, das verdammt. Was an einem Feinde rohe Brutalität wäre, würde an einem Verbündeten notwendig als Strenge gelten - und so weiter auf der Liste der Laster und Tugenden.

Eine Ausnahme von dieser Regel bildet das Urteil der militärischen Experten, die praktische Männer sind. Wir wissen natürlich nicht, wie sie Sir Winston Churchill im Hinblick auf Deutschland beraten; aber es besteht kaum ein Zweifel, daß die Experten ein Bündnis mit Deutschland befürworten. Die Worte Montgomerys kurz nach dem Krieg sind recht gut bezeugt: „Natürlich brauchen wir sie.“ Ein Komitee des Royal Institute of International Affairs, einer unabhängigen Körperschaft, der Experten für alle möglichen politischen und außerpolitischen Fragen angehören, ist zu einem ähnlichen Urteil gelangt.

Instinktive Gefühle

Wir haben den Mechanismus beschrieben, der die Durchschnittsurteile über die Deutschen reguliert. Es bleibt noch von einem ziemlich wichtigen Faktor zu sprechen, der die Haltung des Publikums beeinflusst, sobald man es seinen instinktiven Sympathien und Antipathien überläßt. Diese instinktiven Gefühle bevorzugen Deutschland auf Kosten aller Großmächte mit Ausnahme der Vereinigten Staaten.

Für die Mentalität des britischen Volkes ist irgend etwas Verdächtiges in dunkelhäutigen und schwarzhaarigen Menschen, während die blonden und blauäugigen eine gewisse Anziehungskraft ausüben. Man findet Beispiele dafür überall, wo an die instinktiven Gefühle der Massen appelliert wird. Wie sieht in den billigeren Melodramen und in den Comic-Strips der Massenzeitungen der Schurke aus, der Mann, der die Heldin

zu verführen sucht, der die Hypothek des armen Landedelmannes für verfallen erklärt, mit einem Wort: der Franz Moor der Geschichte? Er ist ein kleiner, flinker Mann mit glatten, schwarzen Haaren und gelblicher Hautfarbe. Natürlich gibt es Ausnahmen. Ist Deutschland der Feind, dann wird der Bösewicht des Stückes fett, dann hat er einen birnenförmigen Kopf ohne Hals und spricht in Gutturalen. Ist Rußland der Feind, dann wird der Bösewicht ein dekadenter Zarist, der (nach Kipling und späteren Autoren) ein „schnurrendes und spuckendes Russisch spricht“. *Ceteris paribus* aber - und darauf kommt es an - ist der Romane, der südliche Typ ein Fremder und darum von Grund auf feindselig, während man von jenem Typ des Ausländers, der dem Briten so ähnlich sieht, das heißt vom Deutschen, das Gefühl hat, daß er irgendwie „einer von uns“ sei. Fragt

man den Mann auf der Straße nach den Franzosen, dann wird er sagen: „Man kann ihnen nicht trauen.“ Fragt man ihn nach den Deutschen, wird er sagen: „Man weiß wenigstens, woran man mit ihnen ist.“ Wieviel sie auch wert sein mag: eine gefühlsmäßige Basis für eine Verständigung mit Deutschland existiert ohne Frage.

Man kann, wenn man will, während der letzten fünfzig Jahre in der britischen Haltung gegenüber Deutschland eine Art Hegelscher Dialektik entdecken. Da ist zuerst die freundliche, aber unwissende Einstellung vor 1914; dann der irrationale Haß des ersten Weltkrieges; und schließlich die ausgeglichene, weniger emotionale, aber noch immer weitgehend unwissende Meinung, die seit 1939 vorherrscht. Überlagert wird sie von der verschiedenen Orientierung der Rechten und der Linken: der Linken, die im wesentlichen pazifistisch ist und die Tendenz hat, friedliche, das heißt waffenlose und im allgemeinen schwache Mächte zu begünstigen; der Rechten, die bereit ist, der eventuellen Möglichkeit eines Krieges ins Auge zu sehen, und gemeinhin eine bessere „Realpolitik“ verfolgt. Durch die verschiedene ideologische Beurteilung Rußlands wird das Ergebnis noch weiter kompliziert. Das Bild von Deutschland, noch einmal sei es gesagt, richtet sich im wesentlichen nach der jeweiligen politischen Einstellung und nicht umgekehrt. Unter der Voraussetzung des in allen Schichten des britischen Volkes stetig zunehmenden Pazifismus wird das Deutschlandbild rosig ausfallen, soweit man an Deutschlands friedliche Neigungen glauben kann und überzeugt ist, daß es das Kräftegleichgewicht in Europa nicht zerstören wird. Das mag eine etwas magere Schlußfolgerung scheinen; aber sie entspricht der im wesentlichen einfachen, instinktiven und praktischen Handhabung der Politik, die ein Charakterzug des britischen Volkes ist.

PETER ABRAHAMS

Der kulturelle Konflikt in Afrika

Der folgende Artikel von Peter Abrahams ist mit Genehmigung des Verlages der englischen Zeitschrift „INTERNATIONAL AFFAIRS“, Nr. 3, Juli 1954, entnommen.

Von allen Büchern, die 1953 über Afrika geschrieben wurden, halte ich die Novelle „BLANKET BOY'S MOON“ für das bedeutendste. Sie erzählt die Geschichte von Monare aus Lomontsa, der einem Basuto-Stamm angehört. Als Kind lebte er nach den alten Stammessitten. Mit anderen Jungen hütete er die Rinderherden auf den Abhängen der heimatlichen Hügel. Er hatte sich an den Stammesprüfungen anlässlich der Beschneidung beteiligt. Später dann wurde er Christ. Das Christentum gestattet dem Manne nur eine Frau, die Stammesordnung jedoch so viele, wie er sich leisten kann. Das ist der erste Konflikt in ihm, die ersten persönlichen Spannungen entstehen: Die neue Lebensauffassung liegt im Widerstreit

mit der alten; er steht zwischen dem Einfluß der Priester und der Stammesältesten. Später geht Monare nach Johannesburg, in die goldene Stadt, wo allein die Lebensordnung der Geistlichen gilt, die auch die des weißen Mannes ist. Als er von der Stadt in sein Dorf zurückkehrt, empfindet er genau, daß er von der Gegenwart in die Vergangenheit geht. Dann befiehlt ihm das Oberhaupt seines Stammes, an einem Ritualmord teilzunehmen. Monare, der Christ, lehnt sich dagegen auf. Nach christlicher Auffassung ist ein Ritualmord ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen. Aber der Druck des Stammes trägt schließlich den Sieg davon, und Monare beteiligt sich am Mord. Die Persönlichkeit Monares, des Mannes, ist nun für

immer gespalten. Er verläßt den Stamm, der ihn zu dieser scheußlichen Tat zwang. Von Furcht getrieben wandert er durch die Städte der Südafrikanischen Union, fried- und ruhelos, weil er sich durch die Tat außerhalb der Gesetze und Grundsätze der christlichen Gegenwart gestellt hat. Schließlich kommen Gefängnis und Tod, aber die Befreiung seiner Seele von der drückenden Last wiegt die Furcht auf. Der lange und schreckliche Konflikt ist jetzt vorbei. Nun wird ihm endlich Frieden zuteil.

Wir wollen zugeben, daß die Person Monares erdichtet ist und deshalb absichtlich schärfer gezeichnet wurde als wohl ein Mensch wirklich ist.

Wir geben außerdem zu, daß der Ritualmord das Problem in eine sehr dramatische Sphäre rückt. Aber abgesehen von diesen Zugeständnissen ist das Buch von großem Wert, weil es den ernsthaften Versuch macht, die Aufmerksamkeit auf ein

Problem zu lenken, das nach meiner Ansicht das schwierigste des modernen Afrika ist, nämlich das Problem, wie Afrika den Übergang von der Stammesordnung zur technologischen Gegenwart meistern kann.

Die Nützlichkeit der Stammesordnung

Früher ist die Nützlichkeit der Stammesordnung oft diskutiert worden. Die Politik der indirekten Herrschaft unterstützte sie bis zu einem gewissen Grade. Oft erwies es sich als nützlich, sich nicht in die Struktur der Stammesordnung einzumischen, sondern sie sogar zu fördern und die Autorität der Häuptlinge zu stärken, um mit ihrer Hilfe zu herrschen. Die Kikuyu in Kenia sind in gewisser Beziehung ein Beispiel hierfür. Die Kolonialregierung setzte sogar Häuptlinge ein, wenn es sie bis dahin in der Sozialstruktur noch nicht gab. Die bis zum heutigen Tage herrschende Ansicht läßt sich am besten mit folgendem Satz ausdrücken: „Wir wollen keine schwarzen Imitationen der Engländer schaffen“. Und Personen dieser Ansicht wissen immer den Eindruck zu vermitteln, als ob es für Afrika nichts Schlimmeres gäbe, als wenn dieses einträte.

Daß der Kolonialbeamte der afrikanischen Stammesordnung weitaus den Vorzug gibt, ist von seinem Standpunkt aus nur zu begreiflich. Er ist ein Mann mit einer Aufgabe, und er möchte

diese Aufgabe nach besten Kräften erfüllen, ohne sich mit denjenigen herumzuärgern, für die er die Arbeit tut. Die Erfahrung hat ihn gelehrt, daß ein Häuptling der beste Verbündete sein kann, um gewisse Sachen durchzusetzen. „Gut“ ist für ihn sehr oft das gleiche wie „gehorsam“. Der gebildete, stammeslose Afrikaner beschäftigt sich im allgemeinen sehr gern mit politischen Fragen, und fast jede Sache wird ihm zu einer politischen Angelegenheit. Der Kolonialbeamte befaßt sich nicht mit der politischen Seite einer Sache, sondern möchte seine Arbeit erledigen. Er verliert die Geduld mit dem stammeslosen Afrikaner, der ihn durch seine Anmaßung reizt. So entsteht in ihm eine absolute Vorliebe für die Afrikaner, mit denen er leicht arbeiten kann, und in gleichem Maße eine absolute Feindschaft gegen die schwierigen Elemente, die aus dem traditionellen Gehorsam der Stammesordnung ausbrechen. Sehr selten nur befaßt sich der Beamte mit Wertschätzungen. Vor allem ist er das Instrument einer Politik, über die an anderer Stelle entschieden wird.

Ein Ausgestoßener beider Lebensformen

Der stammeslose Mann befindet sich in einer isolierten Lage. Da er die Stammesordnung nicht anerkennt, versagt sie ihm ihre moralische und psychologische Unterstützung. Er verliert nicht nur ihren mäßigenden und hemmenden, sondern auch ihren stärkenden Einfluß. Die Beziehungen zu seinen afrikanischen Brüdern, die noch nach den Stammessitten leben, sind bestenfalls gespannt. Der weiße Beamte jedoch, der ihm helfen und ihm das Leben erleichtern könnte, hat sehr wenig Zeit für ihn, wenn überhaupt. So wird er psychologisch und gefühlsmäßig ein Ausgestoßener beider Lebensformen, der vergangenen Stammesordnung und der gegenwärtigen westlichen Lebensform. Die beiden Kräfte, die sein Leben zerstören, sind der „gute“ Stammeshäuptling auf der einen und der Kolonialbeamte auf der anderen Seite.

Das Problem wird hier nur in groben Umrissen geschildert. Aber daß dieses Problem in der geschilderten Form vorhanden ist, haben die Ereignisse in Afrika oft genug bewiesen. Als zum Beispiel die Mau-Mau-Bewegung in Kenia begann, war der „gute“ Häuptling *Waruhiu*, der mit der Kolonialverwaltung zusammenarbeitete, eines der ersten Opfer. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Manchmal siegt der stammeslose Mann und gewinnt an Einfluß auf die Häuptlinge und die Stammesgefolgschaft. Das ist der Fall bei *Kwame Nkrumah* und *Jomo Kenyatta*. In beiden Fällen führte dies in ihren Gebieten zu einem Zusammenstoß mit der Kolonialverwaltung. Ich kenne beide Männer und kann nur mit Befriedigung feststellen, daß der unterschiedliche Ausgang der beiden Zusammen-

stöße weitgehend eine Folge der Tatsache war, daß es in einem Land eine weiße Siedlergemeinschaft gab und im anderen nicht. Die weitgehende Verwirklichung der Selbstregierung an der Goldküste hat nach meiner Ansicht die Schwere des kulturellen Konflikts zwischen der Stammesvergangenheit und der westlichen technologischen Gegenwart nur noch unterstrichen.

Eine der von den Nationalisten in Kenia propagierten politischen Richtungen nahm die Form einer Ablehnung westlicher Institutionen und Sitten an. Getaufte und als Christen erzogene Afrikaner verzichteten auf ihren christlichen Namen. Sie lehnten die westliche Form des Gottesdienstes ab und richteten eigene ein. Ich wohnte einer Versammlung in Nairobi bei, bevor im Lande die Unruhen ausbrachen. In einer leidenschaftlichen Ansprache forderte einer der Führer sein Volk auf, alle europäischen Lebensformen und Einrichtungen abzulegen. Sie müßten wieder, behauptete er, ihre eigenen Lebensformen und Einrichtungen annehmen. Die westliche Lebensform wurde glatt abgelehnt. Die Tatsache, daß die Aufforderung, alle westlichen Lebensformen und Institutionen abzulehnen, in beste. Englisch vorgetragen wurde (der Sprecher war nicht *Kenyatta*), machte für mich den Vorgang noch tragischer und schmerzlicher. Als ich mich später mit dem Mann privat unterhielt, gewann ich den Eindruck, daß ihn die Verzweiflung trieb, daß er gar nicht die westlichen Lebensformen verneinen wollte, sondern daß ihn der Westen in Gestalt der weißen Farmer zurückgewiesen hatte. Ihrer Zurückweisung begegnete er daher mit der Ablehnung aller westlichen Lebensformen. Doch

stellte ich mit Befriedigung fest, daß seine Entwicklung schon den Grad erreicht hatte, wo er mehr der westlichen technologischen Gegenwart als der Stammesvergangenheit angehört. Dieser Mann, der als Symbol für viele andere gelten kann, ist eines der tragischen Opfer dieser quälenden kleinen Fallen der Geschichte. Die Tatsache, daß er keine überlieferte Geschichte einer eigenen Vergangenheit besitzt, und daß die Weißen seiner Umgebung dies durch die Art bemängeln, wie sie von der westlichen europäischen Zivilisation sprechen, als ob sie etwas Einzigartiges wäre, zu der Nichteuropäer, wie Chinesen, Inder und Ägypter, nichts beigetragen hätten, verstärkte noch sein Gefühl tragischer Isolierung. Das Gefühl der Vereinsamung trieb zum Beispiel *Kenyatta* dazu, das Buch „Im Angesicht des Keniaberges, das Stammesleben der Kikuyu“ (1953) zu schreiben, eine Apologie auf das Leben innerhalb der Stammesorganisation. Irgendwohin zu gehören, kulturell verwurzelt zu sein, ist dem Menschen ein tiefinnwohnendes Bedürfnis. Als also die Weißen den schwarzen Mann zurückwiesen und Schranken gegen ihn errichteten, um ihn von jenen äußeren und sichtbaren Kultursymbolen auszuschließen, nach denen er strebte, wurde er gezwungen, seinerseits das zu verneinen, was er am dringendsten benötigte. Die Haltung der Weißen seiner Umgebung und das neue Gefühl seines individuellen Wertes als Mensch, den er erworben hatte, als er die Stammeszugehörigkeit aufgab und ein westlicher, seiner Rechte und Würde bewußter Mensch wurde, trieben ihn dazu, den inferioren Status abzuwerfen, der heute sein Los innerhalb der vielrassigen Gemeinschaften ist.

Dadurch aber verfiel er der Vereinsamung. Er aber wollte gar nicht isoliert sein, er wollte einen Platz in der Welt; einen Platz, der seine tiefsten Bedürfnisse als moderner Mensch mit modernen Ideen über politische, soziale und wirtschaftliche Fragen befriedigte. Nur ein Weg führte dorthin. Er mußte für diese Ansprüche kämpfen. Er mußte sie den Weißen entreißen, die ihm keinen ebenbürtigen Platz unter der Sonne einräumen wollten. So stellte er sich selbst an die Spitze der Stammesbrüder. Um aber die Stammesbrüder zu führen, brauchte er ihr Einverständnis. Um ihnen den Kampf verständlich zu machen und zugleich bedeutungsvoll erscheinen zu lassen, mußte er sich ihrer eigenen Ausdrucksformen bedienen. Dies aber bedeutete für ihn die Rückkehr zu den Stammesgebräuchen.

Die Stammesordnung läßt dem Einzelnen nur einen engen Spielraum. Sie ist in sich geschlossen, ist exklusiv und undemokratisch. Macht und Autorität sind letzten Endes in der Hand Weniger konzentriert. Der bindende Eid, das geheime Zeremoniell - das sind die wichtigen Faktoren. Er muß sich ihrer bedienen. Um die Unterstützung und Billigung der Stammesmächtigen zu erhalten, muß er eine Verhaltensweise fördern und gutheißen, die er als westlicher Mensch verabscheut hätte. Er muß billigen, wenn Menschen unter den Druck der Furcht gesetzt werden, um sie leichter zum Gehorsam zwingen zu können. Er muß ihrem Aberglauben Vorschub leisten, um ihn für seine Zwecke auszubeuten. Furcht, Blut und Finsternis

werden seine Verbündeten. Um Macht über die Stammesangehörigen zu gewinnen, muß er die dunklen Seiten der menschlichen Natur ansprechen. Hitler hat bewiesen, mit welchem Erfolg die dunklen Seiten der Natur selbst der westlichen Menschen gefördert werden können; um wieviel

mehr trifft dies für Stammesangehörige zu. Der stammeslose Mann aber wird sich innerlich wandeln, wenn er so handelt. Man kann sich nicht der Kräfte des Aberglaubens, der Furcht und der Finsternis bedienen, ohne nicht selbst psychologisch ihrem Einfluß zu erliegen.

Jomo Kenyatta

Die kommunistische Ansicht, daß der Feind das Schlimme, Bösertige und Scheußliche schlechthin darstellt, ist fast Allgemeingut auch des Westens geworden. Daher muß Kenyatta denen, die dieser Auffassung sind, als die Verkörperung scheußlicher Barbarei erscheinen. Ich kenne aus eigener Erfahrung das Ausmaß der psychologischen und emotionellen Qualen, denen man ausgesetzt ist, wenn man in der vielrassigen Gesellschaftsordnung Afrikas nicht zu den Weißen gehört, und ich befand mich in einer weniger isolierten Lage als Kenyatta. Obgleich ich die Mau-Mau-Bewegung grundsätzlich ablehne, so ist Kenyatta in meinen Augen eher ein Opfer seiner eigenen tragischen Situation und Schwäche als die Verkörperung des Bösen, wie ihn die weißen Siedler sehen möchten. Leicht ist es zu verdammen und zu sagen, ein westlicher Mann hätte anders gehandelt. Meistens verdammen die am lautesten, die Kenyatta am eifrigsten von den äußerlichen und sichtbaren Symbolen der westlichen Kultur ausschlossen und ihm die Stärkung und Unterstützung durch diese Kultur verweigerten. Viel schwieriger und lohnender wäre es jedoch sich zu fragen, warum ein Mann mit so unzweifelhaften Fähigkeiten gerade den von ihm eingeschlagenen Weg wählte. Für den weißen Siedler ist es viel bequemer, das Bild vom durch und durch schlechten Schurken zu zeichnen, als diese Frage wirklich ehrlich und objektiv zu beantworten. Das Bild vom finsternen Schurken kann natürlich auch stimmen. Ein Mann kann unabhängig von den Umständen zu dunklen Taten und zur Zerstörung neigen. Doch habe ich den Eindruck, daß diesem außergewöhnlichem Manne nur eine geringe Chance gegeben wurde, innerhalb der Gemeinschaft entsprechend seinen Fähigkeiten eine nützliche Rolle zu spielen.

Viele Jahre lebte Kenyatta in Europa, und als er in seine Heimat zurückkehrte, war er längst ein westlicher Mensch geworden. Hätte in seiner

Heimat ein anderes Rassenklima geherrscht, würde er sich wohl intellektuell und kulturell geistig Ebenbürtigen angeschlossen haben und das wären in der Hauptsache Weiße gewesen. Dann hätte er sich sicher positiv an der Lösung der vielen Probleme beteiligt, mit denen sein Land zu ringen hatte und noch ringt. Als ich in Kenia war, erzählte mir ein Beamter, daß Kenyatta kurz nach seiner Rückkehr Mitglied eines Ausschusses wurde, der sich mit der Landfrage befaßte, und daß seine Mitarbeit ganz brauchbar und konstruktiv war, aber daß er schließlich den Zusammenkünften des Ausschusses fernblieb. Der Beamte konnte mir nicht sagen, warum er den Zusammenkünften ferngeblieben war. Hatten dieser Beamte oder andere irgendeinen gesellschaftlichen Kontakt mit Kenyatta? Nein. Negley Farson's Buch „Die Letzte Chance in Afrika“ (1949) gibt wertvolle Aufschlüsse über die Beziehungen zwischen Kenyatta und den zivilen Kolonialbeamten. Was mich am meisten erschütterte, als ich Kenyatta sah, war die schreckliche kulturelle Vereinsamung, in der er lebte. Die Weißen seiner Umgebung waren ebenso exklusiv und ein in sich geschlossener Kreis wie die meisten in sich abgeschlossenen Stammesgruppen, denen ich begegnete. Daher wurde dem Manne keine Möglichkeit gegeben, frische Nahrung aus den Wurzeln einer Kultur zu ziehen, die die seine geworden war. Und daher erging es ihm wie einer Pflanze in der Wüste. Für diejenigen, die nicht zu den Ausgeschlossenen gehören, ist es leicht, über die Schurkerei eines solchen Mannes zu reden und fromm zu beklagen, daß er dem Haß verfiel. Es ist für sie nicht leicht zuzugeben, daß sie seine Enttäuschung mitförderten, bis ihr Ausmaß ihn verleitete, sich gegen sie zu wenden. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es für sie noch schwerer, die quälenden und schrecklichen Konflikte zu verstehen, die einen solchen Mann zu einer solchen Tat trieben.

Mißverstehen der Kultur

Nach meiner Ansicht rührt die abgeschlossene und exklusive Lebensform der Weißen und der Abfall Kenyattas vom völligen Mißverstehen der Kultur her. Die Weißen rechtfertigen ihre Rassenschranken mit dem Hinweis, sie müßten die westliche Kultur schützen. Ihre Argumente sind zu bekannt, als daß ich sie hier noch einmal zu wiederholen brauchte. Ausschlaggebend ist, daß diese Argumente der westlichen Kultur eine Geschlossenheit der Form und einen exklusiven Charakter verleihen, die weder dem wahren Ursprung der Kultur noch ihren Bestrebungen entsprechen. Die wirklich treibenden Kräfte der westlichen Kultur sind in erster Linie in der Lehre Christi zu finden, der eine neue Art der mensch-

lichen Beziehungen zu Gott und den Menschen untereinander lehrte, eine Auffassung, die mitten durch alle Stammesgottheiten und die Gefolgschaftstreue geht, alle Menschen in allen Ländern umfaßt und sie zu Brüdern macht. Aus dieser ursprünglichen Quelle rühren alle bewegenden Kräfte in der Philosophie und in der Kunst her. Kants Lehre von der Ethik, die Menschenrechte, die Demokratie und der einzigartige neue Status, den sie dem individuellen Menschen gibt, alles dies gehört zu den nicht-exklusiven Quellen der westlichen Kultur. Sie ermöglichten die großen Fortschritte in der Wissenschaft und im materiellen Wohlstand, in der Herrschaft des

Menschen über seine eigenen dunklen Seiten wie auch über die dunklen der Welt, in der er lebt.

Es hieße, die westliche Kultur selbst leugnen, wollte man ihr diese besonderen Errungenschaften absprechen. Ich glaube, daß viele Weiße innerhalb der vielrassigen Völker sie bis zum heutigen Tage abstreiten. Die großen Probleme dieser Weißen liegen klar zu Tage. Jeder Versuch, eine wahre Demokratie wie in Großbritannien aufzubauen, würde sie in die Minderheit drängen mit all den sich daraus ergebenden Folgen. Sie haben an materiellen Gütern und an Macht sehr viel zu verlieren. Sie befinden sich in einem echten Dilemma: Entweder müssen sie die moralischen und ethischen Grundlagen der westlichen Kultur leugnen oder ihre Vormachtstellung und ihre Privilegien aufgeben.

Dieses Dilemma führte in der Südafrikanischen Union zu einer einzigartigen Konstellation. Dort haben die von der Malan-Regierung vertretenen Weißen die der westlichen Kultur zu Grunde liegenden Werte lieber verworfen als auch nur ein Gramm ihrer Macht und Privilegien abzugeben. Die schwarze Elite der Union hat sich diese Werte in einem höheren Grade als irgendwo sonst in Afrika, ausgenommen vermutlich die Negerelite in den französischen Kolonien Afrikas, zu eigen gemacht. Und da die Union der modernste Industriestaat auf dem afrikanischen Kontinent ist, steht ihre schwarze Elite an der Spitze der größten Gruppe urbanisierter und stammesloser, weiblicher und männlicher Neger auf dem Kontinent. Die Folge ist, daß heute die schwarzen Führer des afrikanischen Nationalkongresses für die moralischen und ethischen Voraussetzungen, auf denen die westliche Kultur beruht, kämpfen. Darin liegt eine tiefe Bedeutung.

Kenyattas Stellung war zugleich leichter und schwieriger als die eines Mannes in der Union in ähnlicher Lage. Er hatte keine 300 Jahre physischer Besatzung hinter sich, die dort gründlich war und daher bei ihrem Zusammenprall mit der alten Stammeskultur besonders zerstörend wirkte. Das Land, das den Schwarzen in der Union angewiesen worden war, war auf den Einzelnen berechnet weniger als das, was den Kikuyus geblieben war. Die Folge davon war, daß der Landhunger in den Unionreservaten unendlich viel größer war als in denen der Kikuyus. Aber die Union besaß Gruben und Zubringerindustrien, die den Landhungrigen Ausweichmöglichkeiten boten. Diese Lebensalternativen führten die Neger dazu, andere Lebensformen anzunehmen, über die Welt anders zu denken und sich letzten Endes die Kulturwerte der Städte anzueignen. Aus Negeren wurden dadurch noch keine Weißen oder „Imitationen der Engländer“, sondern ein neuer Typus Neger, der zu der neuen, ihm durch die Entwicklung aufgezwungenen Stadtkultur auch etwas beizutragen wußte. Daß auch dieser neue schwarze Typus einen Beitrag zur westlichen Kultur beizusteuern hat, haben seine Leistungen auf musikalischem, künstlerischem und literarischem Gebiet reichlich bewiesen. Jeder, der seine Leistungen wirklich kennt, weiß, daß sie alles andere als sklavisches Nachahmung der Werke Weißer sind. Sein afrikanischer Ursprung und seine einzigartigen oft verheerenden Erfahrungen als Neger in der modernen Welt verleihen seinen

Werken einen besonderen Charakter. Seine künstlerischen Beiträge sind originell und werden immer originell bleiben; sie sind gleichzeitig jedoch auch ein wesentlicher Teil der sich ausbreitenden Weltkultur, die gewöhnlich „die westliche“ genannt wird.

Die Neger der Union ließen sich von den Weißen nicht in die psychologische Verteidigung der westlichen Kultur drängen, weil sie genügend historischen Hintergrund haben und die westliche Kultur als eine logische Entwicklungsstufe innerhalb der Weltkultur empfinden. Kenyatta besaß diese historischen Kraftquellen nicht. Er stand allein. So ließ er sich in eine psychologische Verteidigungsstellung drängen, und versuchte dann, einen neuen Geltungsbereich mittels der exklusiven, in sich geschlossenen Stammesform zu finden. So mache ich Kenyatta die gleichen Vorwürfe wie den Weißen. Beide leugneten die moralischen und ethischen Grundsätze, auf denen die westliche Kultur beruht. Die Angst trieb beide in eine historische Falle. Der weiße Mann sagt: „Muß ich der westlichen Kultur auf Kosten meiner eigenen Interessen dienen? Wenn ich die Rassenschranken zugunsten eines Mannes aufhebe, selbst nur für einen Kenyatta, dann wird es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis auch andere an die Tür klopfen werden, und was wird dann aus mir? Nein, ich werde dafür sorgen, daß die westliche Kultur immer nur den Weißen vorbehalten bleibt. Damit werde ich moralisch die Verteidigung meiner Interessen rechtfertigen“. Und der schwarze Mann sagt: „Ich begehre die westliche Kultur, ich bin schon ein Teil von ihr. Jetzt aber stoßen sie mich zurück. Bin ich nicht gebildet, dann sagen sie, ich sei noch nicht reif für sie. Bin ich es aber, weisen sie mich immer noch zurück und verspotten mich, denn sie behaupten, ich versuche sie nachzuäffen. Bei jeder

Gelegenheit beleidigen sie meine Selbstachtung. Ich will von ihnen und ihrer Kultur nichts wissen. Auch ich habe eine Kultur. Ich werde behaupten, daß die Stammeskultur der ihren überlegen ist. Ich werde die Stammesangehörigen gegen sie aufwiegeln, und wir werden sie verjagen und die alten Zustände wieder herstellen wie sie waren, bevor der weiße Mann ins Land kam“. Daß beide in diesen kulturellen Fragen gleichermaßen sinnlos handeln, hat die gegenwärtige Tragödie in Kenia nicht verhindern können.

Dieses Problem, das Problem des Mannes oder der Gruppe, die keinem Kulturkreis angehören, wird in Kenia auch nach der Niederschlagung des Aufstandes fortbestehen. Remarque schrieb: „Wurzellos zu leben ist die Hölle“. Am tiefsten ist der Mensch kulturell verwurzelt. Viele Menschen in vielrassigen Ländern sind von ihren alten Stammeswurzeln gelöst worden, und ihnen wurde nicht die Möglichkeit gegeben, in der westlichen Kultur neue Wurzeln zu schlagen. Sie leben in einer Hölle. Den Aufstand in Kenia noch vor Augen, erscheint die Feststellung unnötig, daß Menschen ungewöhnlicher, aus der Verzweiflung geborener verderblicher Handlungen fähig sein können, um der Hölle zu entfliehen.

Folgendes ist nach meiner Ansicht das wesentliche an der westlichen Kultur: Sie stellt den Extrakt und den Zusammenfluß aus vielen Kulturströmen vieler Länder und Völker dar, gesiebt, gesiebt und vermehrt, bis sie in höchstem Maße den tiefsten Bedürfnissen der Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts entspricht. Wären die Weißen und auch die schwarze Elite in Kenia dieser Auffassung gewesen, so wäre der Mau-Mau-Aufstand gar nicht ausgebrochen und die Aussichten für eine miteinander verschmolzene vielrassige Gemeinschaft wären hoffnungsvoller als sie eben zu sein scheinen.

Die Goldküste

Daß dieser Kulturkonflikt sich nicht nur auf die vielrassigen Gemeinschaften beschränkt, wurde mir klar, als ich im vergangenen Jahr die Goldküste besuchte. Keine weißen Siedlergemeinschaften erschweren dort das Problem. Nachdem Kwame Nkrumah viele Jahre in den Vereinigten Staaten und in England verbracht hatte, kehrte er zurück, stellte sich an die Spitze eines weitgehend nach der alten Stammesordnung lebenden Volkes und bestritt die englische Autorität. Das Schlagwort von der „Selbstregierung“ und die westliche Struktur von Nkrumahs Convention People's Party (CPP) waren neu und dynamisch und schweißten die verschiedenen Stämme zu einer politischen Kraft zusammen. Sie trug Nkrumah zur Macht. Nkrumah erklärte, Anhänger der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates zu sein. Er hatte zweifellos die Absicht, einen modernen Staat des zwanzigsten Jahrhunderts zu schaffen. Aber die Macht der Häuptlinge war in diesem Teil Afrikas fester verankert als irgendwo anders in Ost- und Südafrika. So mußte Nkrumah den vom Cousséy-Ausschuß vertretenen Standpunkt billigen, daß „der Häuptling als Institution so tief im Leben der Gemeinschaft verankert ist, daß sein Verschwinden zu einer Katastrophe führen

könnte“. Aber er warnte die Häuptlinge, daß ihre Institutionen den wechselnden Erfordernissen der Gegenwart angepaßt werden müßten. Nkrumah hat erkennen lassen, daß er diesen Kompromiß nur als ein notwendiges Übel betrachtet. Er ist politisch klug genug, um nicht an vielen Fronten zugleich kämpfen zu wollen. Ich persönlich zweifle kaum, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Regierung und die Häuptlinge miteinander in Streit geraten, wenn die Regierung ihre Absicht in die Tat umsetzen wird, aus der Goldküste einen modernen Staat zu machen. Daß der zu diesem Ziel entschlossene Leiter der Partei seine Zustimmung geben könnte, Vorsitzender dieser Partei auf Lebenszeit zu werden, ist beunruhigend. Es ist ebenso beunruhigend wie der Mythos vom Supermann, der um die Person des Ministerpräsidenten gewoben wird. Mir wurde erzählt, daß Kwame sich selbst unsichtbar machen und länger als jeder gewöhnliche Sterbliche ohne Essen und Trinken leben könne.

Die laufenden Verlautbarungen über die herrschende Korruption sind vielleicht am besten geeignet, meinen Standpunkt über die Kulturkonflikte zu illustrieren. Ich war entsetzt über das Ausmaß der Korruption, als ich dort war. In seinem Buch „Die Revolution der Gold-

küste“ (1953) erwähnte George Padmore die holländische Firma A. V. Schockbeton, deren Fabrik den Auftrag hatte, ungefähr 15 000 vier- und fünfzimmrige, fertige Häuser, ausgestattet mit fließendem Wasser, Elektrizität, Waschbecken und Wasserspülung usw. zu liefern. Als ich nach diesem Projekt und auch ganz allgemein nach der Erstellung von Häusern fragte, kamen nur trostlose Berichte über die Korruption und keine Häuser zum Vorschein.

Das Gute an der ganzen Sache ist, daß sie überhaupt zur Sprache kommt. In diesem besonderen Falle offenbarte sich nach meiner Ansicht der Kulturkonflikt an dem Niveauunterschied in der öffentlichen Moral. Innerhalb der Stammesorganisation ist das Geben von Geschenken an Männer in hoher Position eine ganz selbstverständliche Sache. Wenn ich jemanden aus der engsten Umgebung des Häuptlings kenne, einen Verwandten oder einen Ratgeber, versuche ich, durch ihn auf den Häuptling einzuwirken in der Hoffnung, daß meine Angelegenheit oder Bitte dadurch eine günstigere Behandlung erfährt. Wenn mir die Sache sehr am Herzen liegt, wünsche ich natürlich sehr, daß die Person ihr Bestes zu meinen Gunsten tut. Und damit sie ihr Bestes tut, gebe ich ihr ein Geschenk. Größe und Wert des Geschenkes werden von der Wichtigkeit abhängen, die ich meiner Sache oder Bitte beimesse. Das ist die allgemeine Praxis. Jeder handelt so. Innerhalb der Stammesordnung wird dies weder für falsch noch für unmoralisch gehalten.

Im Lichte dieser Erkenntnisse stellen die jüngsten Ereignisse an der Goldküste einen weiteren Beitrag zu dem sich ausbreitenden Kulturkonflikt dar. Die Tatsache, daß ein Mann Minister oder ein sonstiger hoher Ministerialbeamter wird, gibt seiner öffentlichen Moral noch keinen Auftrieb. Das gleiche Problem gibt es noch auf anderen Gebieten. Die Stammesordnung ist intolerant gegen die Widersacher der gegenwärtigen Machthaber. Diese Intoleranz gegenüber der Opposition kann in einer modernen Regierung zur Diktatur und zur Unterdrückung der von der Regierung abweichenden Ansichten führen. Ein solcher Fall war der Versuch des CPP-Organs, der Accra Evening News, bevor ihn Dr. Danquah auf Grund eines erfolgreichen Verleumdungsprozesses stilllegen konnte, den liberianischen Herausgeber der Oppositionszeitung Daily Echo aus dem Lande weisen zu lassen. Dieser Mann lebte seit gut einem Dutzend Jahren im Lande und gab die Zeitung heraus, lange bevor die CPP an die Macht gelangte.

Aus all dem, was ich an der Goldküste sah, kam ich zu dem Schluß, daß die von Kwame Nkrumah so erfolgreich durchgeführte Revolution im Grunde bis jetzt nur eine Regierungsform des zwanzigsten Jahrhunderts aufgepfropft auf eine noch weitgehend nach der alten Stammesordnung lebende Gesellschaft ist. Es ist nun die Aufgabe dieser und jeder nachfolgenden Regierung, darüber hinaus die soziologische Form zu modernisieren. Ich habe den Eindruck, daß diese Aufgabe viel schwieriger sein dürfte, als der Kolonialverwaltung die Macht zu entreißen. Denn der Wohlfahrtsstaat, der das Ziel der CPP,

ist, und die Stammesordnung sind grundsätzlich unvereinbar. Eine saubere Landesverwaltung ist notwendig; daher muß das Niveau der Moral im öffentlichen Leben gehoben werden. In England ist das moralische Niveau innerhalb eines langen Zeitraumes gewachsen. In der Lage, in der sich die Goldküste heute befindet, kann sie sich zur Entwicklung einer ehrlichen und sauberen Landesverwaltung nicht den gleichen Zeitraum erlauben. Sie muß ihn verkürzen. Die innere Spaltung der Menschen, die westliche Menschen und zugleich Stammesangehörige sind, kann, abgesehen von schweren persönlichen Spannungen, auch den Fortgang der Arbeit an Projekten wie Tema Hafen und Volta Fluß beeinträchtigen. Ein Arbeiter zum Beispiel hat eine Stellung und entschließt sich, gerade als er gut eingearbeitet ist, nach Hause zurückzukehren. Er muß nun durch einen anderen ersetzt werden, der ganz von vorne eingearbeitet werden muß. Oder ein Beispiel für

den Kampf zwischen den Stammes- und Nationalinteressen: Ein Mann, der zum Stamme der Ga gehört, hat politischen Ehrgeiz und führt seinen Wahlfeldzug mit dem Hinweis, daß der Vertreter des Landes Ga Nkrumah ist, der aber dem Stamme der Nzima angehört. Aus gutem Grunde könnte er die Tema- und Volta-Projekte angreifen, weil sie keine Aussicht auf sofortigen Gewinn bieten. Ich war Zeuge derartiger Interessenkämpfe und des Angriffes auf die beiden Projekte.

Jede Zentralbehörde, die in ihrer Amtsausübung von Stammesangehörigen abhängt, dürfte zur Aufrechterhaltung des Geschäftsganges so viele widerstreitende Interessen ausgleichen müssen, daß sie praktisch unwirksam werden würde. Ich glaube, daß aus diesem Grunde die CPP-Regierung so viele Versager in ihren Reihen hat. Eine Zentralregierung kann nur erfolgreich wirken, wenn sie über eine Nation gebietet, deren Mitglieder sich ihrer Zugehörigkeit zur Nation

bewußt sind. Ich halte es für die wichtigste Aufgabe der führenden Persönlichkeiten der Goldküste, das Nationalbewußtsein in jedem einzelnen Staatsbürger zu entwickeln. Dies ist nach meiner Ansicht eine der wesentlichsten Vorbedingungen zur Schaffung eines modernen Staates. Der Staat muß, um wahrhaft demokratisch zu sein, auf den Grundlagen der westlichen Kultur ruhen. Die Stammesordnung diente den Bedürfnissen des Stammesangehörigen. Der moralische Kodex des Stammesangehörigen genügte den Ansprüchen jener Zeit. Die Bedürfnisse des modernen Menschen, die Bedingungen, unter denen ein moderner Mensch lebt, verlangen neue Formen und neue Werte. Die rührende Vorliebe einiger Anthropologen für die alten Zustände sollte uns nicht dafür blind machen, daß sie modernen Anforderungen nicht genügen. Die westliche Kultur ist eine Weltkultur und ist „kein ausschließliches Vorrecht der Europäer“.

WINSTON CHURCHILL

Unsere Politik heißt: Frieden durch Stärke

Rede auf dem Konservativen Parteitag am 9. Oktober 1954 in Blackpool, England

Als wir vor drei Jahren wieder an die Regierung kamen, bat ich darum, man möge uns nicht nach unseren Versprechen, sondern nach unseren Leistungen beurteilen. Ich bitte heute um das gleiche, und ich erbitte es mit der Zuversicht, die sich auf Tatsachen und nicht lediglich auf Hoffnungen gründet.

Heute kann ich behaupten, daß sich sowohl unsere materielle Wohlfahrt zu Hause, als auch unser Einfluß und Kredit jeglicher Art im Ausland sichtbar vermehrt haben. Ja, wir haben sogar mehr erreicht, als ich zu hoffen gewagt hatte. Wenige Wochen nach den Wahlen hatte ich gesagt: „Wir werden mindestens drei Jahre brauchen, ehe irgend jemand ein gerechtes Urteil fällen kann, ob durch uns die Dinge besser oder schlechter geworden sind.“

Ein neuer Geist zuversichtlichen Strebens ist in das Land eingezogen. Und Sie hatten recht gestern, dem Mann zuzujubeln, dem dieser echte und entscheidende Erfolg in der Hauptsache zu danken ist — Rab Butler, dem Kanzler des Schatzamtes. Selbstverständlich war für ihn das enge Einvernehmen und Verhältnis, in dem er mit Handelsminister Thorneycroft gearbeitet hat — dessen wirkungsvolle und lebendige Rede auf dem Kongreß am Donnerstag so viel Erfolg erntete —, eine große Stütze.

Unser Ziel ist Freiheit gewesen, nicht Lenkung von oben. Das Rationierungsbuch ist ebenso in der Versenkung verschwunden wie der Personalausweis. Zwei Drittel der Kriegsverordnungen, die wir übernehmen mußten, sind zum

alten Eisen geworfen worden. Das Ausfüllen von Formularen ist heute nicht mehr unser nationaler Zeitvertreib.

Es sind mehr Menschen als je zuvor beschäftigt. In diesem Jahr, so wurde prägnant zum Ausdruck gebracht, aßen, verdienten, verausgaben und ersparten die Männer und Frauen unseres Landes mehr, als unsere Annalen jemals verzeichneten. Niemand hat das besser formuliert als unser Baumeister Macmillan — Wohnungsbauminister Harold Macmillan — in seiner jüngsten Rundfunkrede, und seine Freunde und Mitarbeiter sind besser imstande, als dieses große Auditorium, die Wahrheit den Wählern durch persönlichen Einsatz und durch die macht-

volle politische Organisation, die jetzt unter Lord Woolton der Tory-Demokratie zu Diensten steht, vor Augen zu führen.

Ich habe immerfort das Gefühl gehabt, daß Großbritannien und auch die zitternde Welt eine Atempause nötig haben. Heute ist nicht die Zeit für heftige ideologische Kämpfe. Man braucht den produktiven Kräften, die zur Zeit am Werk sind, nur zu gestatten, in einer ruhigen und gesunden Atmosphäre sich zu entfalten und zu wachsen, auf daß sie für alle einen materiellen Wohlstand von einem Ausmaß schaffen, wie er nie zuvor praktisch erreichbar war.

Gemeinsame Außenpolitik

Wir leben in einem Lande, in dem das Regieren einer Partei seit Jahrhunderten Gewohnheit ist. Da der liberalen Partei die allgemeine Übernahme so vieler ihrer Ideale zum Unheil ausgeschlagen ist, dürfte sich das Zweiparteiensystem der Konservativen und Sozialisten noch einige Zeit halten. Natürlich gibt es Rivalität und Parteigängertum. Es bestehen enorme doktrinaire Unterschiede zwischen beiden. Die Sozialisten halten die freie Wirtschaft für unfair. Nach unserer Meinung ist die sozialistische Wirtschaft eine gewaltige Fehlrechnung.

Leidenschaften werden erregt. Machtvolle Organisationen lösen Kontroversen aus und greifen sich gegenseitig an. Da aber jede der beiden Parteien mehr als zwölf Millionen Wäh-

ler hinter sich hat, müssen sie beide vieles gemeinsam haben. Die britischen Konservativen und Sozialisten begegnen sich im täglichen Leben ohne die gleiche Erbitterung, unter der so oft die Innenpolitik anderer Länder leidet.

Wenn im Interesse der Sicherheit unserer Insel nötig, arbeiten wir zusammen. Das ist nicht nur im Krieg so; wie sie vor ein paar Jahren sahen, unterstützten wir alle notwendigen Maßnahmen, die von der sozialistischen Regierung auf dem Gebiet der Außenpolitik und Verteidigung getroffen wurden, obgleich wir ihre Innenpolitik für unheilvoll hielten.

Und an dieser Stelle möchte ich erklären, daß Mr. Attlee und Mr. Morrison sowie die Mehrheit ihrer Anhänger — ich glaube, es war die

Mehrheit —, unterstützt von den Führern der Gewerkschaften, bei vielen wichtigen Gelegenheiten Festigkeit und Konsequenz im Zusammenhang mit unserer Außenpolitik gezeigt haben, für deren allgemeine Kontinuität sie zweifellos mitverantwortlich sind.

Es tut mir leid, daß Mr. Attlee keinen größeren Erfolg mit seiner Auslandsreise hatte. Aber selbst unsere Fußballmannschaft hat einen schweren Schlag in Moskau erlitten — und sie hatte niemals vor, nach China zu gehen. Sie stellte natürlich nicht die erste Mannschaft Großbritanniens dar — aber das gilt vielleicht für Mr. Attlees Mannschaft ebenfalls. Die Poli-

tiker haben jedenfalls einige Dinge gesagt, die nicht gerade förderlich für unsere Angelegenheiten waren, aber wir freuen uns alle sehr, daß sie gut wieder nach Hause gekommen sind, und wir hoffen, daß sie das nächste Mal mehr Erfolg haben werden.

Fremde Völker — die, die uns freundlich, und die, die uns nicht so freundlich gesonnen sind — sollten sich darüber klar sein, daß ein Kern von Stärke und der Einigkeit in unserem Inselvolk und im ganzen britischen Commonwealth besteht, mit dem man in allen gegenwärtigen Schwierigkeiten und Sorgen rechnen kann und muß.

Ziele und Grundsätze der Konservativen Partei

Vor diesem Hintergrund also möchte ich jetzt die leitenden Ziele und Grundsätze der Konservativen Partei bekanntgeben. Wir treten ein für die Aufrechterhaltung der nationalen und der individuellen Freiheit in Übereinstimmung mit den altbewährten Gesetzen und Sitten unserer Insel. Wir glauben, wie der Innenminister gestern sagte, daß der Staat dem Volk gehört und nicht das Volk dem Staat. Als Grundlage hierfür bemühen wir uns, eine auf Eigentum beruhende Demokratie zu entwickeln. Wir begrüßen die wachsende Bereitschaft großer Industriebetriebe, Gewinnbeteiligung und Miteigentum einzuführen, durch die es den Arbeitern ermöglicht wird, Eigentümer eines Teils der Früchte ihrer Arbeit zu werden.

Wir sind der Ansicht, daß eine stetige Erhöhung des Lebensstandards die beste Antwort ist auf die schäbige Gleichmacherei, deren Apostel niemandem außer sich selber einen höheren Verdienst gönnen. Wir sind entschlossen, den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, den die

Menschenwürde verlangt und unter den niemand absinken darf. Wir suchen die Mittel, ihn Jahr für Jahr immer mehr zu heben. Dies kann nur gelingen, wenn Unternehmungsgeist, Fleiß, Anstrengung, Erfindungsgeist und Geschick in ungewöhnlichem Maße entwickelt werden. Wie sehr diese Eigenschaften unser Volk auszeichnen, wird heute in der ganzen Welt anerkannt. Anreiz und freie Bahn müssen unsere Parolen sein.

In der Industrie wird ein Ausdruck häufig gebraucht, der meinen Gedankengang gut veranschaulicht — ‚Leistungslohn‘. Er bezeichnet die Anerkennung ungewöhnlichen Könnens, Verantwortungsbewußtseins und Eifers und ist daher einer der Schlüssel zum Fortschritt. Die hervorragende industrielle Bedeutung unseres Landes ist weitgehend auf die rühmlichst bekannte Qualitätsarbeit unserer Arbeiter zurückzuführen. Die Belohnung außergewöhnlichen Könnens und Arbeitseifers spielte und spielt eine wichtige Rolle als Anreiz zur Erhöhung der Quantität und Qualität unserer Produktion.

Die Frage der Altersrenten

Ich komme jetzt auf etwas, worüber man nicht sehr glücklich sein kann — im Gegenteil: das drückende Unrecht und Ungemach, das den Altersrentnern und anderen Menschen, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, durch das Absinken der Kaufkraft des Geldes während der Herrschaft der Sozialistischen Partei von 1945 bis 1951 zugefügt wurde. Wir haben dieses Übel bisher nur zum Teil beheben können durch die Aufbesserung um eine halbe Krone, die der Schatzkanzler im Jahre 1952 bewilligte. Wir werden unsere Aufgabe vollenden, sobald wir den Bericht unseres Fachausschusses erhalten, der seit einiger Zeit die Probleme der Altersversorgung einer Bevölkerung bearbeitet, deren Lebenserwartung gestiegen ist.

Die Frage der Altersrenten wird das Parlament während der kommenden Sitzungsperiode eingehend beschäftigen. Es erscheint mir merkwürdig, daß die Sozialistische Partei während der sechs Jahre, in denen sie so viel Geld ausgegeben und sich selbst als Wegbereiter eines kollektivistischen Utopien — des Anbruchs einer neuen Welt — dargestellt hat, bis wenige Monate vor der letzten Wahl, der Verminderung um mehr als fünf Schilling im tatsächlichen Wert der

Altersrenten und anderer Renten hilflos zugeesehen hat.

Eine leichtsinnige Inflation der Währung hat diesen Verlust gerade der Klasse auferlegt, deren Schutz, wie man annehmen könnte, für diese Minister eine besondere Verpflichtung gewesen sein müßte. Jetzt stellen sie sich als deren Verteidiger hin. Noch heute morgen behauptete ihr Parteiorgan, daß die Altersrentner der hilfloseste Teil der Bevölkerung seien. Aber als sie sechs Jahre an der Macht waren, haben sie sich einer gleichgültigen und ungerechten Vernachlässigung schuldig gemacht. Das war nicht nur ein Unglück, sondern eine Ungerechtigkeit. Unter dem System der Sozialversicherung leistet jeder einen Beitrag, und eine spürbare und anhaltende Verminderung dessen, was sich der einzelne im Austausch gegen seinen Beitrag kaufen kann, ist ein moralischer Treubruch gegenüber einem System des Zwangsparens.

Es ist richtig, daß es auch noch das System der Sozialfürsorge gibt. Als Maßnahme der Menschlichkeit gegenüber den Schwachen, Unglücklichen und Armen ist sie noch immer unerläßlich. Aber es ist stets der leitende Gedanke der Sozialversicherung gewesen — und ich spreche über Dinge,

die mir bekannt sind —, an die Stelle von Unterstützungsleistungen, deren Grundlage unvermeidlich eine Überprüfung der jeweiligen persönlichen Verhältnisse sein muß, ein vom Staat und vom Arbeitgeber unterstütztes System des Sparens zu setzen. Eine auf der Sozialversicherung und auf dem privaten Sparen aufgebaute Gesellschaftsordnung ist vernünftiger, gesünder und wertvoller als eine Gesellschaftsordnung, deren Grundlage die öffentliche Fürsorge und die Überprüfung der jeweiligen persönlichen Verhältnisse bildet, die aber selbstverständlich für Not- und Ausnahmefälle bestehenbleiben muß. Das ist jedenfalls die von der konservativen Demokratie und vom Liberalismus vertretene Politik.

Seitdem wir vor drei Jahren die Regierungsgewalt übernommen haben, waren wir bestrebt, durch Erhöhung der Renten das Übel zu mildern. Jetzt hat der Schatzkanzler unsere Zahlungsfähigkeit und Wirtschaftskraft so weit wiederhergestellt, daß er das Unrecht beseitigen kann, das den Altersrentnern und anderen gleichgestellten Gruppen während der sozialistischen Regierungszeit zugefügt worden ist. Das wollen wir jetzt tun.

Die Weltlage

Und nun muß ich Sie bitten, mit mir einige Aspekte der allgemeinen Weltlage zu betrachten, in denen uns eine Rolle zufällt und von denen unser aller Leben abhängt. Ein großer Teil der Sozialistischen Partei versucht gegenwärtig, angespornt durch die kommunistische Propaganda, Stimmen und Popularität zu gewinnen, indem er jene Gefühle der Bitterkeit und des Hasses aufwühlt und nährt, die in uns allen durch die furchtbaren Greuel erweckt wurden, deren Urheber und Spiritus rector Hitler war. Sie wären niemals geschehen, wenn er sich nicht zum Diktator Deutschlands aufgeschwungen hätte. Völker, die sich in die Fesseln der Diktatur und der totalitären Tyrannei legen lassen, können den Folgen ihrer Gedankenlosigkeit und Torheit nicht entkommen, und die Deutschen haben dafür schwer büßen müssen.

Es ist die Grundlage und das oberste Ziel der britischen, amerikanischen und auch der französischen Verfassung, die Nation dagegen zu sichern, in die Gewalt von Diktatoren oder Oligarchien zu geraten. Wir in Großbritannien sind nicht mehr vor dieses Problem gestellt. Wir haben andere Probleme und sind vor dieser Art von Gefahr sicher. Aber die Vergehen und Fehler von Völkern sind etwas ganz anderes als die in ihrem Namen von Diktatoren begangenen Verbrechen, die die Tyrannei ihres persönlichen Willens mit Gewalt aufrichten und durch Furcht erhalten.

Es wäre für die gesamte Menschheit verhängnisvoll, wollte sie sich, veranlaßt durch die harten Lehren der Erfahrung, in ihrem Denken und Handeln von Gefühlen des Hasses und der Rache gegenüber ganzen Nationen und Völkern beherrschen lassen wegen der Taten eines Tyrannen, von dem diese irregeleitet, eingeschüchtert und unterjocht worden waren. Schon der große Ed-

mund Burke hat gesagt: 'Ich kenne kein Verfahren der Anklageerhebung gegen ein ganzes Volk.'

In mächtigen, hochorganisierten Staaten werden viele Millionen einfacher Männer und Frauen mitgerissen durch die Ereignisse, durch die Obrigkeit und durch das Gefühl, ihr Land — es mag im Recht oder Unrecht sein — nicht im Stich lassen zu können. Ich persönlich glaube, daß die Masse der Menschen in allen Ländern gutherzig und anständig ist, daß sie ihr Leben in einem gutnachbarlichen Verhältnis zum Mitmenschen führen will. Nur Vernichtung harret der Welt, wenn Länder mit vielen Millionen Menschen verführt werden und sich verführen lassen, beherrscht von Haßgefühlen gegen andere riesige Massen verwirrter Sterblicher durchs Leben zu gehen.

Mögen die Diktatoren, deren Verworfenheit die furchtbaren Taten geboren hat — Taten, die ohne ihre despotische persönliche Macht niemals geschehen wären —, ihr schreckliches Andenken in die Geschichte eingehen lassen! Möge Hitler seine Schande mit sich in die Hölle nehmen! Mögen sich die Völker die Hand der Freundschaft und des Verzeihens reichen und gemeinsam in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden durch die Geheimnisse des Lebens schreiten!

Doch nicht nur auf Deutschland und auf Hitler wende ich in der gegenwärtigen gewaltigen Krise im Weltgeschehen und vielleicht im Schicksal der gesamten Menschheit diese Gedanken an. Stalin war viele Jahre lang der Diktator

Rußlands, und je länger ich seine Laufbahn verfolgte, desto mehr erschreckten mich die furchtbaren Fehler, die er machte, und die völlige Rücksichtslosigkeit, die er den Menschen und den Massen gegenüber bewies, mit denen er umging.

Stalin war unser Verbündeter gegen Hitler, als dieser in Rußland einfiel; aber als Hitler vernichtet war, machte sich Stalin zum hauptsächlichsten Gegenstand unserer Furcht. Nachdem unser gemeinsamer Sieg errungen war, spaltete sein Verhalten die Welt von neuem. Er schien vom Traum der Weltherrschaft geblendet. Tatsächlich drückte er ein Drittel Europas zu sowjetischen, zwangsweise kommunistischen Satelliten herab.

Das waren tragische Ereignisse nach allem, was wir durchgemacht hatten. Doch vor anderthalb Jahren ist Stalin gestorben — das ist sicher —, und seit diesem Ereignis hege ich die Hoffnung, daß eine neue Haltung in Rußland vorhanden ist, eine neue Aussicht auf ein friedliches Nebeneinanderleben mit dem russischen Volk, und ich halte es für unsere Pflicht, geduldig und kühn uns zu vergewissern, ob eine solche Wandlung stattgefunden hat oder nicht. Solange Leben und Kraft in mir ist, werde ich hiermit fortfahren, obwohl ich ebenso wie Mr. Eden meine, daß die sowjetische Haltung in bezug auf Deutschland und Österreich gegenwärtig weit davon entfernt ist, ermutigend zu sein.

Die Londoner Konferenz

Einer Gefahr jedoch dürfen wir uns niemals aussetzen. Unsere Politik heißt 'Frieden durch Stärke'. Wir dürfen niemals bewußt oder unbewußt die Gefahr einer 'Unterwerfung durch Schwäche' laufen. Unsere Stärke kann nur auf die Eintracht, die Bereitschaft und die Wachsamkeit der freien Nationen der Welt gegründet werden. Die Avantgarde dieser Gemeinschaft von Staaten und Völkern, die den größten Teil der Menschheit umfaßt, bilden die neun Mächte, die in der vergangenen Woche unter dem Vorsitz Mr. Edens in London zusammengetroffen sind.

Für die Politik Großbritanniens trägt das Kabinett, das in jeder Phase der Entwicklung befragt wurde, die volle Verantwortung. Ich meine, Lord Beaverbrook war ziemlich ungerecht gegen mich, als er mir meinen Anteil an der Schuld absprach. Aber es besteht kein Zweifel, daß die Initiative, die zur Londoner Konferenz führte, von unserem Außenminister ausging, der durch ganz Europa gereist ist, um die Konferenz möglich zu machen. Ohne seine Energie und Kühnheit hätte die Londoner Konferenz nicht stattgefunden, und ohne seine Kenntnisse und seine Erfahrung, seinen Takt und seine Geschicklichkeit hätte sie nie zu ihrem glücklichen Abschluß gelangen können.

Ich bin zutiefst überzeugt, daß dieses Abkommen sehr wohl ein Denkmal und ein Meilenstein werden kann auf unserem Weg zu jenem friedlichen Nebeneinanderleben, das unser Herzenswunsch ist und in dessen Rahmen vielleicht ein dauerhafter Weltfrieden sicher begründet wer-

den kann. Dieses Abkommen wird in der Tat, wenn es fair behandelt wird, der bedeutendste in jener Reihe der Erfolge sein, durch die sich die Führung des Foreign Office in letzter Zeit ausgezeichnet hat.

Die militärischen Streitkräfte herkömmlicher Art, über die die NATO-Mächte verfügen, sind natürlich weit geringer als die Rußlands, und die Sowjets brauchen ihren Angriff nicht zu befürchten. Tatsächlich besteht kein Zweifel, daß Rußland ganz Europa überrennen und das Leben der Britischen Inseln unmöglich machen könnte, wenn nicht die Vereinigten Staaten heute jene Überlegenheit in den Atomwaffen besäßen, die, solange sie aufrechterhalten wird, meiner Überzeugung nach ein entscheidendes Mittel der Abschreckung vor einer kommunistischen Aggression ist.

Ich muß Sie daran erinnern, was ich vor einem Jahr auf unserem Parteikongreß in Margate gesagt habe: 'Ich bin sicher, daß die von der sozialistischen Regierung getroffenen Entscheidungen, die von uns damals unterstützt wurden und die heute von Ihrer Majestät Regierung konsequent und nüchtern weiterverfolgt werden, die beste Chance — ich glaube sogar eine gute Chance — bieten, ohne eine Weltkatastrophe durch diese furchtbare Periode der Sorge zu kommen. Wir jedenfalls werden loyal an ihnen festhalten und unser Äußerstes tun, die Bildung der Europaarmee unter Einschluß eines starken deutschen Kontingents zu fördern. Wir werden, ebenso wie die Amerikaner, unsere Streitkräfte in Europa belassen und auf diese Weise für die Franzosen

das Gleichgewicht mit unseren deutschen Partnern wiederherstellen. Falls die EVG von den Franzosen nicht angenommen werden sollte, werden wir, wenn wir weitblickend sind, keine andere Wahl haben, als einer neuen Abmachung beizupflichten, die durch eine gewisse Neuordnung der NATO-Streitkräfte das Potential Deutschlands mit dem der westlichen Alliierten verbindet.'

Die Vereinigten Staaten

Ich bin damit einverstanden. Das ist es in der Tat, was wir heute tun, wenn wir den Brüsseler Vertrag von 1948 mit dem System der NATO verknüpfen, in deren Rahmen die Vereinigten Staaten ihre große, ja überwältigende Macht für die Unterstützung und den Schutz Europas zur Verfügung stellen.

Ohne diese Hilfe auf dem Kontinent könnte das Vorrücken des sowjetischen Kommunismus der bereits die Satellitenstaaten geschluckt hat, unaufhaltsam weitergehen, durch Einsickerung und Intrige, mit der Gewalt im Hintergrund, bis die Verzweiflung in den zivilisierten Ländern Europas einen Erdrutsch in die Unterwerfung herbeiführt. Ich habe stets geglaubt, daß die Entwicklung immer engerer Bande mit den Vereinigten Staaten, mit denen wir und unsere Schwesterstaaten des Commonwealth durch Sprache, Literatur und Recht verbunden sind, der wichtigste Faktor für unsere Zukunft ist und daß wir, die englisch sprechende Welt zusammen, der Welt für uns und alle anderen Sicherheit geben können.

Es gibt keinen anderen Fall einer Nation, die auf dem Gipfel der Weltmacht angelangt, keinen territorialen Gewinn sucht, sondern aufrichtig entschlossen ist, ihre Stärke und ihren Reichtum für die Sache des Fortschritts und der Freiheit zu gebrauchen. Hätte diese Vorstellung den amerikanischen Regierungen vor fünfzig Jahren vor Augen gestanden, dann wären wir alle, sie selber mit eingeschlossen, vielleicht den beiden furchtbaren Weltkriegen entgangen, die solches Elend über unsere Generation gebracht und das 20. Jahrhundert zur bei weitem tragischsten Epoche seit dem Fall des Römischen Reiches vor 1500 Jahren gemacht haben.

Wenn Amerika sich in die Isolierung zurückzöge, so würde das ganz Europa zur Unterjochung durch den russischen Kommunismus und unsere berühmte und geliebte Insel zum Tod und Untergang verdammen. Trotzdem hat ein Politiker, der in einem britischen Kabinett ein Amt besaß und der eines Tages Führer der Labour-Partei zu werden hofft, vor einem halben Jahr nicht gezögert, den Amerikanern zu sagen, sie sollten 'es im Alleingang machen'. Man kann sich kein verhängnisvolleres Unglück vorstellen, als daß dieser üble Ratgeber auf der anderen Seite des Atlantiks beim Wort genommen würde.

Es wird in den Vereinigten Staaten bereits nicht wenig von einer Rückkehr in die Isolierung gesprochen, und diese Politik wird mit dem Wort 'Festung Amerika' bezeichnet. Wir können indessen sicher sein, daß die stärksten, weisesten Kräfte drüben alle, gleichgültig welcher Partei,

nicht zulassen werden, daß die große Republik vom Pfad des Rechts und der Pflicht abgelenkt wird und daß sie böswillige Sticheleien ebenso verachten werden, wie sie die Bürde der Mühsal und Gefahr auf sich nehmen. Ich habe viele Jahre lang in enger Verbindung mit führenden Persönlichkeiten im amerikanischen Leben und in

der amerikanischen Regierung gestanden, und ich kann ihnen versichern, daß das echte und freundschaftliche Verständnis zwischen unseren verwandten Völkern selten einen höheren Grad erreicht hat als auf dieser Londoner Konferenz, deren Vorsitz Mr. Eden so geschickt und hervorragend geführt hat.

sicht ausgeschlossen. Ich wiederhole, was Mr. Eden am Donnerstag erklärt hat. Er sagte: ‚Ich sage mit voller Überlegung, wenn unsere Übereinkunft nicht ratifiziert wird, weiß ich keinen anderen Weg zur Schaffung eines Systems, in das Deutschland zum Nutzen aller Beteiligten eingefügt werden könnte.‘

Unsere Aufgabe

Die besondere Aufgabe, an der wir arbeiten, ist noch nicht getan, und viele Schwierigkeiten und Komplikationen liegen noch vor uns. Die Londoner Übereinkunft stellt das größtmögliche Maß allgemeiner Übereinstimmung unter den obwaltenden Umständen dar. Große Zugeständnisse sind von allen beteiligten Regierungen gemacht worden, aber ich glaube, ich darf mit Recht be-

sonders auf den von unserm Land und auch von Dr. Adenauer geleisteten Beitrag hinweisen.

Ich höre, daß in Paris vorgeschlagen worden ist, der französische Ministerpräsident sollte jetzt aufgefordert werden, neue Verhandlungen aufzunehmen und weitere wesentliche Zugeständnisse zu suchen, um diese oder jene Voraussetzung zu erfüllen. Das ist nach meiner An-

Ich muß daher meine Rede in einem ernsten und feierlichen Ton beenden, obschon ich immer noch die unbesiegbare Hoffnung habe, daß wir auf lange Sicht durch alles gut hindurchkommen und eine große Rolle bei der Unterstützung anderer spielen werden. Ich habe die feste Hoffnung, wenn die freien Völker nüchtern und geduldig ihren Weg zusammen weiterverfolgen, können wir dennoch die Zukunft der Menschheit retten.“

JOHN FOSTER DULLES

Gegen die Aggression

Außenminister Dulles berichtete dem amerikanischen Volk am 15. 9. 1954 über die Manila-Konferenz, auf der der südostasiatische Verteidigungspakt unterzeichnet wurde. Die Ansprache des Außenministers, die vor seinem Abflug nach Bonn und London auf Band aufgenommen worden war, hat folgenden Wortlaut:

„Unsere Suche nach Frieden führte uns in der vergangenen Woche nach Manila. Dort trafen sich acht Nationen, um in Südostasien und dem südwestlichen Pazifik Einigkeit für Sicherheit und Frieden zu schaffen.

Um diese Einigkeit hatten sich die USA schon seit langem bemüht. Vor vier Jahren verhandelte ich mit Australien, Neuseeland und den Philippinen über Sicherheitsverträge. Wir alle wußten jedoch, daß dies nicht genug war. Daher forderten diese Verträge die ‚Entwicklung eines umfassenderen Systems der regionalen Sicherheit im pazifischen Raum‘. Am 16. April 1953 forderte Präsident Eisenhower in seiner Friedensrede ein ‚gemeinsames Handeln‘, um der Aggressionsandrohung in Südostasien zu begegnen. Im vergangenen März habe ich diesen Appell wiederholt.

Der Präsident und ich hatten gehofft, rechtzeitig eine Einheit zur Stärkung der Verhandlungsposition der freien Nationen während der Indochina-Verhandlungen in Genf zustande zu bringen. Jedoch erwies sich dies als nicht durchführbar.

Der Ausgang der Genfer Konferenz bestätigte aber die Notwendigkeit nach Einigkeit. So kamen Australien, Frankreich, Neuseeland, Pakistan, die Philippinen, Thailand, Großbritannien und die Vereinigten Staaten in der vergangenen Woche zusammen. Wir verhandelten hierbei als völlig gleichberechtigte Partner und unterzeichneten schließlich einen Verteidigungsvertrag, der gegen eine offene Aggression von außen wie gegen eine Subversion von innen gerichtet ist.

Der Vertrag sieht vor, daß im Falle einer bewaffneten Aggression jedes der Länder Maßnahmen treffen wird, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Es wurde ein Gremium geschaffen, das über militärische und andere Planungen beraten soll.

Der Vertrag trägt auch der Gefahr der Subversion und der indirekten Aggression Rechnung. Er befaßt sich mit diesem schwierigen Problem ausdrücklicher als irgendein anderer bisher abgeschlossener Sicherheitsvertrag. In dieser Hinsicht stellt der Vertrag einen bedeutsamen Fortschritt dar, weil die Subversion und die in-

direkte Aggression Hauptwerkzeuge des internationalen Kommunismus gewesen sind.

Der Vertrag sieht vor, daß — falls irgendein Vertragspartner der Ansicht ist, die Integrität des Geltungsbereichs des Vertrages werde durch irgendeine andere Drohung als einen bewaffneten Angriff gefährdet — alle Signatarstaaten unverzüglich zu Beratungen zusammenkommen sollen auf denen über Maßnahmen für die gemeinsame Verteidigung entschieden werden soll. Diese Maßnahmen werden natürlich niemals eine Intervention in rein innere Angelegenheiten eines anderen Staates einschließen.

USA in besonderer Lage

Die USA befanden sich in Manila in einer besonderen Lage, weil sie der einzige Signatarstaat waren, der keine territorialen Interessen in dem Vertragsraum besaß. Für die anderen Mächte war dieser Vertrag nicht nur ein antikommunistischer Pakt sondern auch ein Regionalpakt. Aus diesem Grunde befaßte er sich mit allen Aggressionsakten, die den Frieden dieses Gebietes stören könnten. Für die USA setzten wir jedoch fest, daß der einzige bewaffnete Angriff in diesem Gebiet, den wir notwendigerweise als unseren Frieden und unsere Sicherheit gefährdet ansehen würden, ein von den Kommunisten geführter bewaffneter Angriff sein würde.

Jede bedeutende Ausweitung der kommunistischen Welt würde in der Tat eine Gefahr für die USA darstellen, weil der internationale Kommunismus letzten Endes danach strebt, seine Machtstellung gegen die Vereinigten Staaten einzu-

setzen. Aus diesem Grunde konnten wir ehrlicherweise sagen, indem wir die von Präsident Monroe bei der Proklamation seiner Doktrin gebrauchten Worte benutzten, daß eine bewaffnete Aggression der Kommunisten in Südostasien in der Tat unseren Frieden und unsere Sicherheit gefährden und Gegenmaßnahmen unsererseits erforderlich machen würde.

Der Vertrag erkennt die Bedeutung des wirtschaftlichen Wohlstands an. Er verpflichtet jedoch die USA nicht zu irgendwelchen ‚Schenkungsprogrammen‘. Wir erklären uns damit einverstanden, bei der Entwicklung wirtschaftlicher Maßnahmen mitzuarbeiten, die das wirtschaftliche und soziale Wohl fördern. Der Kongreß hat in diesem Jahr mit Weitblick erkannt, daß es im südostasiatischen Raum besondere Bedürfnisse geben könnte. Durch das Gesetz für die gemeinsame Sicherheit hat der Kongreß bereits Mittel

zur Verfügung gestellt, die diesem Gebiet zugutekommen sollen. Ein Teil davon wird zweifelsohne zur Unterstützung der freien Regierungen Südostasiens verwandt werden.

Geltungsbereich des Vertrages

Der Geltungsbereich des Vertrages wird als das Territorium der Mitgliedstaaten in Südostasien und im südwestlichen Pazifik definiert. Das Protokoll dehnt darüber hinaus die sich aus diesem Vertrag ergebenden Vorteile auf Kambodscha und Laos sowie den nichtkommunistischen Teil von Vietnam aus. Der indochinesische Waffenstillstand hat diese drei Staaten daran gehindert, sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt als tatsächliche Vertragspartner dem Vertrag anzuschließen. Der Vertrag wird jedoch, soweit dies praktisch durchführbar ist, diesen jungen Nationen Schutz gewähren.

Der Manila-Pakt ist eine stattliche Leistung. Ich wäre froher gewesen, wenn er früher zustande gekommen wäre. Es ist jedoch entschieden besser, daß der Vertrag jetzt abgeschlossen wurde als niemals.

Verträge arbeiten jedoch nicht von selbst. Die Unterzeichnung eines Vertrages selbst hat noch keine wunderbaren Auswirkungen. Verträge müssen ratifiziert werden, und dann muß der ehrliche Wille vorhanden sein, ihre Zielsetzungen auch zu verwirklichen. Ich bin der Überzeugung, daß der Manila-Pakt tatsächlich ein wesentlicher Beitrag ist, um die freien Regierungen in Südostasien zu erhalten und die Kommu-

Der Vertrag richtet aber keine wirtschaftlichen Schranken auf. Vom wirtschaftlichem Gesichtspunkt bleiben solche Länder wie Japan, Indonesien, Burma, Ceylon und Indien wichtig.

nisten an einem Vorstoß in den pazifischen Raum zu hindern, der die Verteidigung der USA ernsthaft gefährden würde.

Wir haben in Manila die Frage erörtert, wie der Vertrag verwirklicht werden soll. Eine Möglichkeit hierzu bestand in der Schaffung einer gemeinsamen militärischen Macht. Ich wies jedoch darauf hin, daß die Verantwortlichkeiten der USA so umfangreich und so weit gespannt sind, daß wir glaubten, wir könnten den besten Dienst dadurch leisten, daß wir unsere Truppen nicht für bestimmte Gebiete des Fernen Ostens festlegen, sondern als Abschreckung eine bewegliche und schlagkräftige Macht in Verbindung mit strategisch gut verteilten Reserven schaffen.

Dieser Standpunkt wurde akzeptiert. So macht es dieser Vertrag für uns nicht erforderlich, unsere militärischen Planungen wesentlich zu ändern. Diese Pläne sehen bereits die Aufrechterhaltung mächtiger Marine- und Luftstreitkräfte im westlichen Pazifik zu jeder Zeit vor, Streitkräfte, die in der Lage sind, gegen jeden Aggressor mit Mitteln und an Plätzen der eigenen Wahl Schläge zu führen. Die gewaltige Abschreckungskraft, die wir so schaffen, kann genau so, wie sie einen schützt, auch viele wirkungsvoll schützen.

Pazifik - Charta

Zusätzlich zu der erzielten Übereinstimmung und der Unterzeichnung des Manila-Paktes wurde noch eine Deklaration entworfen und unterzeichnet, die als die ‚Pazifik-Charta‘ bekannt geworden ist. Hier wurden in bezug auf das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, Selbstregierung und Unabhängigkeit gewisse Grundsätze aufgestellt.

Der Gedanke dieser ‚Pazifik-Charta‘ wurde vom Präsidenten der philippinischen Republik Magsaysay vorgebracht. Er ist ein bewährter Kämpfer für die Freiheit und gegen den Kommunismus, und er hielt es für außerordentlich wichtig, auf der Konferenz von Manila klar zum Ausdruck zu bringen, daß wir das Wohl der asiatischen Bevölkerung anstreben und keinen ‚Kolonialismus‘ schaffen wollen.

In meiner Eröffnungsansprache auf der Konferenz unterstrich ich nachdrücklich, daß eine der wirksamsten Waffen des Kommunismus die Behauptung ist, die westlichen Nationen trachteten danach, den asiatischen Völkern den Kolonialismus aufzuzwingen. Ich sagte, wir müßten es eindeutig klarstellen, daß wir nach einer Stärkung der Unabhängigkeit streben. Nur so könne der Westen und der Osten in echter Partnerschaft zusammenarbeiten.

Die Manila-Konferenz machte sich diesen Standpunkt zu eigen. Sie war die erste Konferenz, auf der Vertreter von asiatischen und westlichen Nationen zusammenkamen, um ein Pro-

gramm der gemeinsamen Sicherheit auszuarbeiten. Das Ergebnis war die Pazifik-Charta, die die Signatarstaaten in besonders eindrucksvoller Weise zur Stärkung der Prinzipien der Selbstregierung und der Unabhängigkeit für alle Länder verpflichtet, deren Völker dies wünschen und die in der Lage sind, ihrer Verantwortung nachzukommen.

Immer wenn in Asien eine Macht auftaucht, die andere erobern will, dann wählt sie das Schlagwort ‚Asien den Asiaten‘. Als die Japaner von ihren Generälen regiert wurden, gebrauchten sie dieses Motto. Heute verwenden es die sowjetischen und chinesischen Kommunisten. Sie wollen die freien Länder Asiens hindern, die Hilfe zu empfangen, die sie für die Wahrung ihrer Unabhängigkeit benötigen.

Die Pazifik-Charta, bei der sich der Westen und der Osten trafen, kann sich sehr wohl als das wichtigste Ergebnis der Konferenz erweisen.

Die Haltung der Kommunisten war während der Konferenz durch heftige Propagandaangriffe charakterisiert und trat noch deutlicher durch eine neue militärische Aktivität hervor, die sich gegen ein benachbartes Gebiet richtete. Offensichtlich hatten sie gehofft, die Mitglieder unserer Konferenz zu beeinflussen und einige von ihnen von der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes abhalten zu können.

Diese Bemühungen, durch Gewaltmaßnahmen einzuschüchtern, sind für die kommunistische

Technik charakteristisch. Als die koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hatten, leiteten die chinesischen Kommunisten ihren blutigen Angriff gegen die Stellungen der UN-Streitkräfte in Korea ein. Als man schließlich übereingekommen war, den Frieden in Indochina zu erörtern, eröffneten die unter Ho Tsch-minh stehenden und von Rotchina unterstützten kommunistischen Streitkräfte ihren mörderischen Angriff auf Dien Bien Phu. Und als die Manila-Konferenz begann, richteten die chinesischen Kommunisten ihre Geschütze auf Quemoy, eine Insel, die seit Beendigung des zweiten Weltkrieges immer ein Teil des freien China gewesen ist und die nur rund 640 Kilometer von den Philippinen entfernt liegt.

Dieser Versuch, die Konferenz von Manila einzuschüchtern, war ein vollständiger Mißerfolg. Alle Teilnehmer unterzeichneten den Manila-Pakt und die Pazifik-Charta voller Vertrauen, daß sie dadurch ihre eigene Sicherheit stärken konnten.

Gegen Artikel Vier

Das sowjetische Außenministerium hat soeben eine längere Erklärung veröffentlicht, in der der Manila-Pakt angegriffen wird. Es wendet sich vor allem gegen den Artikel vier, der einen gemeinsamen Widerstand gegen bewaffnete Angriffe und politische Subversion vorsieht. In der sowjetischen Erklärung heißt es, daß auch die chinesischen Kommunisten keine Freunde dieser Paktes sind. Der Manila-Pakt richtet sich gegen keine Regierung, gegen kein Land und gegen kein Volk. Er ist lediglich gegen die Aggression gerichtet. Die Tatsache, daß die Kommunisten dies ablehnen, enthüllt in tragischer Weise ihre Ambitionen.

Die USA haben in Manila in eindrucksvoller Weise eine nationale Einigkeit demonstriert. Die drei bevollmächtigten Delegierten auf der Konferenz waren der republikanische Senator aus New Jersey H. Alexander Smith, der demokratische Senator aus Montana Michael J. Mansfield und ich. Beide Senatoren gehören dem außenpolitischen Senatsausschuß an und sind mit fernöstlichen Angelegenheiten auf das beste vertraut. Auf diese Weise nahmen sowohl die Exekutive als auch der Senat und beide politischen Parteien an den Verhandlungen über den Vertrag und an seinem Abschluß teil. Ich bin den beiden Senatoren für ihren Beitrag zu dem erfolgreichen Ende der Konferenz zu großem Dank verpflichtet.

Das Thema unserer Konferenz war, größere Sicherheit durch größere Einigkeit zu schaffen. Wir brauchen diese Einigkeit nicht nur unter den Nationen sondern auch innerhalb unserer eigenen Nation. Es ist politisch gesund, zwei Parteien zu haben, die darum ringen, wer die Geschicke der Nation leiten soll. Es ist auch wichtig, daß dieser Wettstreit vor den Landesgrenzen haltmacht, so daß wir anderen Ländern als eine geeignete Nation gegenüberreten. Dies hat sich bei uns zu einer Tradition entwickelt, und die Manila-Konferenz hat dieser Tradition ein neues und würdiges Kapitel hinzugefügt.“

JOSEF ROMMERSKIRCHEN

Aufstand des Gewissens

Gedenkrede am 19. Juli 1954 vor der Jugend Bonns.

Meine Freunde!

Ich bitte, mir zunächst ein persönliches Wort zu erlauben. Es beschämt mich zutiefst, der Sprecher in dieser Gedenkstunde sein zu dürfen. Weder direkt noch indirekt war ich am 20. Juli 1944 beteiligt. Ich besitze also keine besondere Legitimation, zum Gedächtnis der wahrhaft großen Gestalten jüngster Vergangenheit das Wort zu ergreifen. Es berechtigt mich auch keine andere besonders ehren- oder opfervolle Tat dazu. Allein die tiefe, seit der Meldung der Befreiungstat in jenen Juli-Tagen 1944 nicht mehr ruhende Betrübnis, zu den Berufenen *n i c h t* gezählt zu haben, gibt mir den Mut zum Sprechen. Und die Scham, den Offizierskameraden meines Bataillons nicht gemeinsam und laut, sondern einzeln und insgeheim nur eine Antwort auf ihre Frage während der Attentatsnachricht gegeben zu haben — auf die Frage nämlich, „Was müssen *w i r* nun tun? — verpflichtet mich zum heutigen Bekenntnis. So will und kann mein Wort nur ein nachträglicher, später Dank an jene Männer sein — und an die Mütter und Frauen, die Söhne und Töchter, die ihr Liebstes hergaben, — ein Dank dafür, daß sie uns in ihrer Tat ein Leitbild schenkten für die Neuordnung, daß sie uns durch ihr Opfer den Wertmaßstab aufzeigten für den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau.

So steht auf dem Denkmal für die Opfer des 20. Juli, das viel zu spät auf der Hinrichtungsstätte der Hauptbeteiligten an jener Befreiungstat enthüllt wurde, geschrieben:

*Ihr trugt die Schande nicht,
Ihr wehrtet Euch,
Ihr gabt das große, ewig wache Zeichen der Umkehr,
Opfernd Euer heißes Leben
für Freiheit, Recht und Ehre.*

So ist es ausgesprochen, den Opfern der Tyrannei, den wahrhaft Verantwortlichen der jüngsten Vergangenheit zum Gedächtnis, den Lebenden heute und da vor allem der jungen Generation, den Trägern der Verantwortung von morgen, zur Mahnung.

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die Jugend der Bundeshauptstadt den Mut des Gedenkens aufbringt, der gewiß als Mut zur Besinnung und Entscheidung gewertet werden darf. Ja, es scheint Mut dazu zu gehören, denn anderswo und in einigen Kreisen deutscher Jugend hat man sich noch nicht entschieden.

Es ist doch maßlos beschämend, daß die Studentenschaft der gleichen Universität, an denen fünf ihrer Kommilitonen und einer ihrer geistigen Lehrmeister zur Zeit größter deutscher Schmach und Schande die Fackel des Gewissensaufstandes in deutscher Jugend entzündeten, am 10. Todestag dieses jungen Helden nichts besseres zu tun wußte, als an der Gedenkstätte einen Kranz durch den Hausmeister der Universität niederlegen zu lassen. Es zeugt doch von mangelndem Mut, daß im Hinblick auf den 20. Juli vor lauter Wenn und Aber, vor selbstgefälligem Tüfteln und spitzfindigem Tasten in weiten Kreisen dieser gleichen akademischen Jugend die Entscheidung zwischen dem Vorwurf des Hoch- und Landesverrats oder der Anerkennung höchster sittlicher Verantwortung nicht gefällt wird. Meine Freunde, — hier kann und darf es keine Neutralität der Meinung geben.

Mut zur Entscheidung: Weil die Tat des Freundeskreises der Geschwister Scholl ebenso wie die des Verschwörerkreises um Claus Graf Schenk von Stauffenberg ein Aufstand des verantwortlichen Gewissens war,

darum verlangt sie von denen, die unverdient aus dem glühenden Feuerofen der braunen Tyrannei gerettet wurden, nachträglich die Entscheidung des Gewissens.

Mut zur Besinnung

Und Mut zur Besinnung!: Sie tut not, heute noch mehr als zur Stunde der Besiegelung der deutschen Katastrophe 1945. Damals war der Blick verhältnismäßig frei, weil viel Morsches und Unbeständiges niedergefallen war, äußerlich und innerlich. Dann begann der Neuaufbau. Wer wollte es angesichts der entsetzlichen äußeren Not verübeln, daß zunächst mit dem entsprechenden äußeren Wiederaufbau begonnen wurde. Nur mit großer Achtung kann man die materiellen Leistungen bis hin zum sogenannten deutschen Wirtschaftswunder betrachten. Aber haben wir doch auch den Mut zur Illusionslosigkeit, den Mut, die billige Fassade zu sehen, die auf wenig festem, ja oft brüchigen Fundament schnell, oft allzusehnell emporschoß. So wie hinter den Prunkstraßen der deutschen Städte noch unzählige Trümmerhaufen und ausgebrannte Hausruinen zu finden sind, so tut sich hinter ungezählten scheinbar zufriedenen und sicheren Gesichtern eine gähnende geistig-seelische Lehre auf. Es gilt nachzuholen, was im Trubel der verständlichen materiellen Existenzsicherung im Argen blieb. Wehe unserem Volk in der Stunde möglicher Krisen, die tief gehen, wenn wir nicht tief genug verwurzelt sind, wenn das ethische Fundament nicht fest genug ist. Oder darf ich es mit der Bitte, mich nicht mißzuverstehen, anders sagen: Wehe der deutschen Jugend und damit dem deutschen Volk von morgen, wenn sie zu ihren Vorbildern Fußball-Weltmeister anstatt wahrhafte Lebensmeister erkürt. Auch ich habe mich an den Siegen unserer wackeren deutschen Mannschaft begeistert. Aber nach der nationalistischen Provokation der Fußballfans im Berner Stadion habe ich mich geschämt. Ich hielt es auch gestern für ein betrübliches Zeichen, für ein nicht zufälliges Symptom unseres Zeitgeistes, daß eine namhafte Rundfunkanstalt anstelle einer angekündigten Übertragung einer Jugendkundgebung zum 20. Juli die Verleihung des Silberlorbeers an die Weltmeistermannschaft übertrug. Wie schnell Sporterfolge zu Schall und Rauch werden, das zeigt die Siegerliste der Autorennen innerhalb eines Zeitraums von nur 14 Tagen: Le Mans und Silverston. Jener unvergängliche Sieg des Gewissens aber, den wahrhafte Helden in höchster Verantwortung vor Gott und Volk am 20. Juli 1944 errangen, er wäre schon eines hör- und sichtbaren Gedenkens der deutschen Nation würdig.

Unterpfand staatlicher und gesellschaftlicher Neuordnung

Meine Freunde! Was uns im Hinblick auf eine krisenfeste, wertbeständige Zukunft nottut, das ist eine wahrhaft freiheitliche Gesinnung, wie sie jene mutigen Widerstandskämpfer und die Frauen und Männer vor und nach ihnen, die Opfer der braunen Schergen wurden, uns vorgelebt haben. Ich meine jene königliche Freiheit, die im Gehorsam gegenüber Gottes Gebot selbst den Tod nicht fürchtet, wenn dies Opfer um der Verteidigung und Erhaltung der höchsten Rechts- und Lebensgüter willen gefordert wird. Ja, was unsere Zeit nottut, das ist eine große, große Zahl von Menschen, die wissen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen, und die bereit sind, für diese Erkenntnis Zeugnis abzulegen. Das ist es, was jenen Aufstand vom 20. Juli 1944 heraushebt in der deutschen Geschichte, daß es überzeugend ein Aufstand des geschärften Gewissens war, ein Aufstand der Achtung vor der unantastbaren Menschenwürde, ein Aufstand der Anerkennung der persönlichen Freiheit, ein Aufstand der Verpflichtung gegenüber dem echten Gemeinwohl, jener Ordnung, in der der Einzelne seine menschliche Vervollkommnung

zu verwirklichen versucht in Verantwortung vor Gott und dem Mitmenschen. Man muß jene letzten Briefe gelesen haben, um zu erkennen, daß sie wunderbarste Zeugnisse gottgeführter Menschen sind. Ja, auch die letzten Bekundungen derer, die nicht an den dreifaltigen Gott glauben und den Heiland, den er gesandt hat, sie lassen erkennen, daß sie sich entscheidend einer höheren Ordnung, objektiven und allgemein verpflichtenden Normen der Gesittung und einer Freiheit in Verantwortung vor dem unantastbaren Recht des Mitmenschen verpflichtet wußten.

Gerade, wenn man kritisch prüft, aus welchen Motiven jene Empörer wider die Inkarnation des Bösen, wider das System der Unmenschlichkeit aufgestanden sind, wird man übereinstimmend feststellen müssen, daß wohl nicht bei einem einzigen von ihnen persönlicher Ehrgeiz oder Macht hunger der Antrieb war. Diese Tatsache ist es, die den Aufstand des 20. Juli zum Unterpfand der staatlichen und gesellschaftlichen Neuordnung macht. *Professor Dr. Max Braubach* hier aus Bonn faßt es in einem Forschungsbericht so zusammen: „Wer sich näher mit Persönlichkeiten wie Beck, Goerdeler und Stauffenberg beschäftigt, wer die Tagebücher Hassels liest und die Mitteilungen Schlabrendorffs oder die letzten Briefe Moltkes, der wird in der Tat zu dem Ergebnis gelangen, daß in ihnen bei allem Mitwirken menschlicher Begierden und Befürchtungen in erster Linie eine sittliche Empörung gegen Unrecht und Unmenschlichkeit lebendig war.“ Einer der Sachverständigen der Verteidigung bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen drückt es ähnlich aus: „Zusammenfassend kann gesagt werden, die Beweggründe der Führer des deutschen Widerstandes, trotz allem noch in letzter Minute den Versuch zum Aufstand gegen Hitler und sein Regime zu unternehmen, entsprangen der Hoffnung, bei Gelingen der Tat der Welt zu zeigen, daß auch unter schwersten äußeren Verhältnissen von innen heraus der Wandel zum Rechtsstaat, zur Sittlichkeit und geordneten Verhältnissen von Deutschen durchgeführt sei. Für den Fall des Mißlingens sollte das Fanal des anderen Deutschland beweisen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und der Nationalsozialismus nicht das gleiche gewesen sei.“ Oder lassen wir noch einen dritten kurz urteilen, *Prälat Buchholz*, der ungezählten Opfern der blutigen Tyrannei die letzten Stunden vor der Hinrichtung erleichtert hat. Er sagt so in einer ergreifenden Rundfunkansprache: „Und dann die Männer des 20. Juli! Haben wir nicht mit ihnen unsere Besten verloren? Viele von ihnen habe ich trotz des ausdrücklichen Verbotes von Hitler durch Monate regelmäßig in ihrer Haft besuchen können, ich habe sie erlebt in ihren Todeszellen, und auf dem Wege zum Schafott, wenige Minuten vor dem Tode, wo alles Unechte und Verkrampfte abfällt und der Mensch sich so gibt und zeigt, wie er ist. Wenn ich an diese Begegnungen denke, an die Eindrücke, die ich von den Besuchen bei ihnen mitnehmen durfte, dann stehe ich immer wieder in heiliger Ehrfurcht vor letzter Größe und Reife. Dann muß ich in aller Demut gestehen: Hier war ich nicht der Gebende, hier war ich der Beschenkte!“

„Ohne Liebe gibt es kein Vaterland“

Aber meine Freunde, lassen wir doch die toten Zeugen selber sprechen. Beschwören wir doch den edlen Geist derer, die ein strahlendes Licht entzündeten in der dunklen deutschen Nacht. Horchen wir doch ganz still und bereit auf die Stimme ihres reinen Gewissens:

Hören wir den jungen Jesuiten *Alfred Delp*: „Es ist Zeit der Aussaat, nicht der Ernte. Gott sät; einmal wird er auch wieder ernten. Um das eine will ich mich mühen: wenigstens als fruchtbares Saatkorn in die Erde zu fallen.“

Ich hatte nicht daran gedacht, daß dies mein Weg sein könnte. Alle meine Segel wollten steif vor dem Winde stehen; mein Schiff wollte auf große Ausfahrt, die Fahnen und Wimpel sollten stolz und hoch in allen Stürmen gehißt bleiben. Aber vielleicht wären es die falschen Fahnen geworden oder die falsche Richtung oder für das Schiff die falsche Fracht und unechte Beute. Ich weiß es nicht . . .

Ach Freunde, daß die Stunde nicht mehr schlug und der Tag nicht mehr aufging, da wir uns offen und frei gesellen durften zu dem Wort und Werk, dem wir innerlich entgegenwuchsen. Bleibt dem stillen Befehl treu, der uns immer wieder rief. Behaltet dies Volk lieb, das in seiner Seele so verlassen und verraten und hilflos geworden ist. Und im Grunde so einsam und ratlos trotz all der marschierenden und deklamierenden

Sicherheit. Wenn durch einen Menschen ein wenig mehr Liebe und Güte, ein wenig mehr Licht und Wahrheit in der Welt war, hat sein Leben einen Sinn gehabt . . .

In diesen Wochen der Gebundenheit habe ich dies erkannt, daß die Menschen immer dann verloren sind und dem Gesetz ihrer Umwelt, ihrer Verhältnisse, ihrer Vergewaltigungen verfallen, wenn sie nicht einer großen inneren Weite und Freiheit fähig sind. Wer nicht in einer Atmosphäre der Freiheit zu Hause ist, die unantastbar und unberührbar bleibt, allen äußeren Mächten und Zuständen zum Trotz, der ist verloren. Die Geburtsstunde der menschlichen Freiheit ist die Stunde der Begegnung mit Gott. . .“

Nikolaus von Halem schrieb ganz wenige Minuten vor seiner Hinrichtung mit gefesselten Händen:

„Liebe Mutter! Jetzt habe ich auch die letzte kleine Unruhe überwunden, die den Baumwipfel faßt, ehe er stürzt; und damit habe ich das Ziel der Menschheit erreicht. Denn wir können und sollen wissend erdulden, was der Pflanze unwissentlich widerfährt.“

Der edle Sozialist *Julius Leber*, dessen Gattin uns den ergreifenden Bildband „Das Gewissen steht auf“ geschenkt hat, sagt es in ganz wenigen Worten nur: „Ich weiß keinen besseren Lebenszweck, als am Großen und Unmöglichen zugrunde zu gehen. . . . Liebe wächst nur durch Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Und ohne Liebe gibt es eben kein Vaterland.“

Ja, und hören wir auch noch einige Sätze aus dem letzten Brief *Helmuth Graf von Moltkes*, des tiefgläubigen evangelischen Christen, an seine Frau: „Das dramatische an der Verhandlung war letzten Endes folgendes: In der Verhandlung erwiesen sich alle konkreten Vorwürfe als unhaltbar. Und sie wurden auch fallen gelassen. Nichts davon blieb. Sondern das, wovor das dritte Reich solche Angst hat, daß es fünf, nachher werden es sieben Leute werden, zu Tode bringen muß, ist letzten Endes nur folgendes: Ein Privatmann, nämlich Dein Mann, von dem feststeht, daß er mit zwei Geistlichen beider Konfessionen ohne die Absicht, etwas konkretes zu tun, Dinge besprochen hat, die „zur ausschließlichen Zuständigkeit des Führers gehören“. Besprochen waren nicht etwa Organisationsfragen, nicht etwa Reichsaufbau, sondern besprochen wurden Fragen der praktisch-ethischen Forderungen des Christentums. Nichts weiter; dafür allein werden wir verurteilt . . .“

Und nun mein Herz, komme ich zu Dir. Ich habe Dich nirgends aufgezählt, weil Du, mein Herz, an einer ganz anderen Stelle stehst, als alle die anderen. Du bist nämlich ein Mittel Gottes, um mich zu dem zu machen, der ich bin. Du bist vielmehr ich selbst . . . Ich habe eben ein wenig geweint, nicht traurig, nicht wehmütig, nicht, weil ich zurück möchte, nein, sondern vor Dankbarkeit und Erschütterung über diese Dokumentation Gottes. Uns ist es nicht gegeben, ihn von Angesicht zu Angesicht zu sehen, aber wir müssen sehr erschüttert sein, wenn wir plötzlich erkennen, daß er ein ganzes Leben hindurch am Tage als Wolke und bei Nacht als Feuersäule vor uns hergezogen ist, und daß er uns erlaubt, das plötzlich in einem Augenblick zu sehen. Nun kann nichts mehr geschehen. Mein Herz, mein Leben ist vollendet, und ich kann von mir sagen: er starb alt und lebenssatt. Das ändert nichts daran, daß ich gerne noch etwas leben möchte, daß ich Dich gerne noch ein Stück auf dieser Erde begleitete. Aber dann bedürfte es eines neuen Auftrages Gottes. Der Auftrag, für den Gott mich gemacht hat, ist erfüllt.“

Um der drastischen Wirkung willen müßten jetzt Zitate der Gewalttätigen, müßten die letzten Willensäußerungen Hitlers etwa gegenübergestellt werden, von dem *Claus Schenk Graf von Stauffenberg*, der temperamentvolle süddeutsche Katholik und innere Motor der Widerstandsgruppe sagt: „Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muß geschehen, denn dieser Mann ist das Böse an sich.“ Aber versteht, daß ich aus Ehrfurcht vor dem heiligen Geist der Reinheit und der Liebe, der aus den Worten der Zeugen für die gerechte Sache spricht, nicht die Aussprüche der gesetzlosen, teuflischen Gegenspieler Gottes, der Hitler, Himmler, Goebbels und Freisler, wiederzugeben wage.

Begreift Ihr, meine Freunde, nun besser, warum es im Hinblick auf die Befreiungstat des 20. Juli unter gesitteten Menschen keine Neutralität der Meinung oder gar die Auffassung von Hoch- oder Landesverrat nicht

geben kann. Es war das Ziel derer, die soeben zu uns sprachen, im Urteil der Geschichte das andere, wahrhaft große Deutschland vorzustellen, das Volk zu bewahren vor letzter sinnloser Vernichtung, das Vaterland, das nicht nur Staat und Volk, sondern auch Menschentum und Gesittung seiner Söhne und Töchter ist, vor tiefster Schmach und Schande zu retten. So waren die Männer des Aufstandes gegen Hitler und sein Gewaltregime nicht nur keine Verräter, sondern trotz des Mißlingens des Befreiungsversuchs die wirklichen Retter des Vaterlands. Sie haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß nach der totalen Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes, nachdem sich die teuflischen Verführer buchstäblich in Rauch und Gestank durch feigen Selbstmord der Verantwortung entzogen hatten, Deutschland nicht völlig zerschlagen wurde. Kein Geringerer als der englische Premierminister Churchill äußerte sich zum 20. Juli wie folgt: „In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von innen oder außen — einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. So lange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar und unerkennbar, weil sie sich tarnen mußten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus.“ Hoch- und Landesverrat sowie Eidbruch sind rechtlich und moralisch unmittelbar verknüpft mit dem Inhaber der Staatsgewalt. Da Hitler selber die Voraussetzungen für die Eidtreue aufhob, indem er seinen Eid brach, der ihn auf das Gemeinwohl des Volkes verpflichtete, und das Gemeinwohl auf die grausamste Weise mißachtete und mit Füßen trat, da Hitler selber zum eigentlichen Schädling des Volkes geworden war, konnte der Versuch, ihn und sein illegal gewordenen Gewaltregime zu beseitigen, weder hoch- noch landesverräterisch sein.

Verpflichtende Mahnung

Und was ist der tiefere Sinn dieser Gedenkstunde heute? Soll sie nur ein Zeichen der Pietät sein, eine Stunde stiller Besinnung, die morgen vom lauten Alltag wieder übertönt wird? Ich meine, sie müßte die verpflichtende Mahnung an jeden von uns enthalten, zunächst einmal gegen die deutsche Vergeßlichkeit zu Felde zu ziehen. Nicht nur alle 10 Jahre, sondern jahraus und jahrein muß gerade vor deutscher Jugend das Vermächtnis der Helden des 20. Juli beschworen werden, in deren Geist der junge *Hermann Josef Flade* vor dem anderen, totalitären, dem roten Tribunal ausrief: „Ich liebe die Freiheit mehr als mein Leben“, in deren Geist die Arbeiter der Sowjetzone am 17. Juni 1953 mit Knüppeln und Steinen gegen Panzer, Ausdruck der brutalen Gewalt, angingen. Ich meine, diese Stunde müßte alsdann für uns alle die verpflichtende Mahnung enthalten, das Vermächtnis der Helden des 20. Juli zu leben. Das soll heißen, daß ein jeder von uns sich bemüht, immer und überall den Raum der Freiheit zu schaffen, der es ihm und dem Mitmenschen erlaubt, den Sinn des Lebens zu erfüllen, d. h. in wahrhafter Menschenwürde und Gerechtigkeit Ebenbild Gottes zu sein. Das soll heißen, daß wir uns nicht mit der formalen Bändigung der Macht durch demokratische Gewaltenteilung begnügen, so wichtig sie auch ist, sondern daß wir immer und überall die Bändigung der Macht durch die Bindung an Gottes Gebot und die von ihm verliehenen Grundrechte der Menschen fordern. Das soll heißen, daß niemals mehr ein Einzelner oder eine Mehrheit Prinzipien verwerfen darf, die göttlichen Ursprungs und Grundlage wahrhaft menschlichen Zusammenlebens sind. Das soll heißen, daß wir ehrliche und konsequente Absage erteilen dem Ungeist der Intoleranz, des persönlichen und Gruppenegoismus, des bedenkenlosen Mitläufertums, der Phrasendrescherei und des gesellschaftlichen Vorurteils. Das soll heißen, daß wir uns um

eine Atmosphäre ungetrübter Wahrhaftigkeit und echter Freiheit bemühen, nicht der falschen Freiheit von der Gemeinschaft, sondern der wahren Freiheit in der Gemeinschaft und zur Gemeinschaft.

„Die, die die Besten waren, lieben die Treue nicht“

Die Märtyrer des 20. Juli verpflichten uns, an ihrer Stelle zu stehen und mitbauen zu helfen das andere Deutschland auf der Grundlage des Rechts, der Menschenwürde und der Freiheit des Gewissens, das andere Deutschland als geistig-sittliches Ferment innerhalb der größeren Gemeinschaft der Völker und Nationen, innerhalb eines freien und einigen Europa.

Wie heißt es im Nibelungenlied: „Die, die die Besten waren, lieben die Treue nicht“! Laßt uns, allzeit so handeln wollen, daß niemand besser an unserer Stelle gewesen wäre. Laßt uns unser Gewissen schärfen, es wachhalten und stets daran denken, daß man Gott mehr gehorchen muß als dem Menschen. Laßt uns den kleinen und großen Gewalttätigen, wo und wie immer sie aufstehen, furchtlos entgentreten und ihnen ins Gewissen rufen, daß sie keine Macht haben, wenn sie ihnen nicht von Gott gegeben ist. Laßt uns ganz ernst machen, meine Brüder und Schwestern, ganz ernst machen mit unserem Einsatz wie mein junger Freund *Willi Graf* — wir nannten ihn *Nurmi* in unserer Jungengemeinschaft —, einem der Sechs des Geschwister-Scholl-Kreises. Als ich das letzte Mal Anfang des Krieges mit ihm und anderen Kameraden zusammensaß, da sangen wir ein Lied, das sie später auch im Münchener Freundeskreis gerne sangen, weil es ohne große Worte unsere Verpflichtung ausspricht. Und dies ist das Lied:

*Schließ Aug und Ohr für eine Weil
vor dem Getös der Zeit,
Du heilst es nicht und hast kein Heil,
als bis Dein Herz sich weilt.*

*Dein Amt ist hüten, harren, sehn
im Tag die Ewigkeit,
Du bist schon so im Weltgeschehn
gefangen und betreit.*

*Die Stunde kommt, da man Dich brauchtl,
dann sei Du ganz bereit,
und in das Feuer, das verrauchtl,
wird Dich als letztes Scheit.*

Anmerkung:

Walter H. JOHNSTON hat als Publizist einen guten Teil seines Lebens dem Studium und der Deutung der internationalen Beziehungen, insbesondere des deutsch-englischen Verhältnisses, gewidmet. Vor dem Kriege arbeitete er einige Jahre im Londoner Büro der „Kölnischen Zeitung“. Er übertrug eine Reihe von bedeutenden Werken aus dem Deutschen; u. a. verdanken wir ihm die erste und maßgebliche englische Übersetzung von Hegels „Wissenschaft der Logik“. Wir veröffentlichen seinen Beitrag als Gegenstück zu Joseph Folliets Aufsatz „Das Deutschlandbild der Franzosen“ in der vorigen Ausgabe.

Peter Abrahams wurde in Johannesburg als Sohn farbiger Eltern geboren. Er verdiente sich seine Passage nach England als Heizer; er besuchte 1952 Kenia und Südafrika und schrieb nach seiner Rückkehr eine Artikelreihe im *Observer*; auch im Radio berichtete er über seine Reise und ein vollständiger Bericht über sie ist in seinem Buch „Rückkehr nach Goli“ (1953) enthalten; 1953 besuchte er die Goldküste. Seine Autobiographie „Ten Freedom“ wurde im Mai 1954 veröffentlicht.

Josef Rommerskirchen, geb. 16. 2. 1916 in Mönchen-Gladbach, vor dem Kriege zwei Jahre Schriftleiter an der Jugendzeitung des Katholischen Jungmännerverbandes, 6 Jahre Kriegsteilnehmer, zwei Jahre Gefangenschaft in Frankreich. 1947 erstmals zum Bundesführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend gewählt; 1949 erfolgte seine Wiederwahl. Im Herbst 1949 Mitbegründer des Bundesjugendring, bis 1952 dessen Vorsitzender. Frühjahr 1950 Wahl zum Vizepräsidenten des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Auf Vorschlag von Josef Rommerskirchen Gründung des Weltbundes der Katholischen Jugend, Mitglied des Exekutivkomitees, Mitglied des Vorstandes des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken bis 1952. Seit 1952 Referent in der Bundeszentrale für Heimatdienst.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preis von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Chester Bowles: „Zweiparteienpolitik für Asien“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler
-Verschwörung“
- Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen
den Massengeist“
- Otto K. C. Gerlach: „Frankreich im Banne seiner
Tradition“
- Kurt Georg Kiesinger: „Haben wir noch den Bürger?
Die Problematik des Parteienstaates“
- Helmut Krausnick: „Vorgeschichte der militärischen
Widerstandsbewegung bis zum
Ausbruch des 2. Weltkrieges“
- Cecil Roth: „Die beiden Wiegen der jüdischen
Freiheit“
- Theodor Schieffer: „Des Winfrid Bonifatius geschichtliche
Sendung“
- Kurt Sendtner: „Die militärische
Widerstandsbewegung
vom Ausbruch des 2. Weltkrieges
bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- . . . „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
-
-